Die Zukunft.

Socialistische Revue.

Herausgegeben unter Mitwirkung von

Fr. von Baerenbach (Wien), A. Bebel, J. Ph. Becker (Genf), E. Bernstein, Louis Bertrand (Brüssel), W. Blos, W. Bracke, E. Bruck, Dr. K. Brunnemann, Dr. Ludw. Büchner, B. Collin (Basel), J. Dietzgen, Dr. A. Douai (Irvington, U. S.), Dr. A. Dulk, H. W. Fabian, L. Frankel (Budapest), A. Freeman (Wien), A. Geib, Br. Geiser, Dr. Gnocchi (Mailand), H. Greulich (Zürich), P. Grottkau (Chicago), Jules Guesde (Paris), W. Hasenclever, K. Hirsch, P. Lawroff (Paris), Dr. M. Lehn, W. Liebknecht, Jacquette Liljenkrantz (Kopenhagen), Dr. Bol. Limanowski (Lemberg), P. Lossau, C. Lübeck (Zürich), B. Malon (Lugano), Joh. Most, M. Neisser, Dr. de Paepe (Brüssel), Dr. Prowe, Dr. M. Ratkowsky (Wien), E. Reinthal (Graz), M. Rittinghausen, Reinh. Rüegg (Zürich), Ed. Sack, A. Scheu (Edinburgh), Max. Schlesinger, K. Schneidt, Dr. med. Stamm, Dr. Geo. Stiebeling (New-York), G. Vollmar, L. Viereck, Dr. F. Wiede (Zürich), J. Zuppinger (Baden, Schweiz).

Erster Jahrgang. **Heft 17.** 1. Juni 1878.

Inhaltsverzeichniß.

Die Vertheilung des Arbeits-Ertrages. Von C. A. S. 497
Zur Wahlreform-Frage. Von A. B. 507
Kritische Bemerkungen über die „Gerechtigkeit" als Grundprinzip der Socialdemokratie 511
Ueber die Betheiligung des Staats an neuen Entdeckungen und Erfindungen 517
Recensionen 518
(Friedrich v. Baerenbach: Das Problem einer Naturgeschichte des Weibes. — Arnold Lindwurm: Das Eigenthumsrecht und die Menschheits-Idee im Staate. — Zur Lösung der socialen Frage durch die Frau. Von einer deutschen Frau. — Le péril social dévoilé. Par l'auteur de „Grandeur ou décadence de la Nation française". — Eine Liebes-Episode aus dem Leben Ferdin. Lassalles. Tagebuch; Briefwechsel; Bekenntnisse. — Reinhold Menz: Der Transport-Luxus.)

Berlin SO., 1878.

Verlag der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei
(Eingetragene Genossenschaft)
Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Einzelne Nummern der „Zukunft" kosten 30 Pf.

Die Vertheilung des Arbeits-Ertrages.

Man soll sich in keinen Streit über das Fell des Bären einlassen, bevor man den Bären nicht erlegt hat, sagt eine alte Fabel. Es ist daher nicht angebracht, über die Modalitäten der Vertheilung des Arbeits-Ertrages im socialistischen Staat zu streiten, so lange wir noch tief im Privat-Eigenthum an Kapital und Boden stecken. Das schließt aber nicht aus, schon jetzt die Frage eingehender zu behandeln, gewisse Grundprincipien zur Debatte und durch Rede und Gegenrede klar zu stellen.

Je weniger die Gegner im Stande sind, die segensreichen Folgen einer wohlorganisirten Production mit zutreffenden Gründen zu bestreiten, um so mehr Gewicht legen sie auf die noch herrschende Meinungsverschiedenheit über die Art der vorzunehmenden Vertheilung. Spricht sich der eine Socialist für absolut gleiche Vertheilung der Genußmittel aus, so wird das als das sicherste Mittel zur allgemeinen Depravation der Arbeiter ausgeschrieen; da führt man sofort den ja eine gewisse Berechtigung in sich tragenden Satz gegen uns in's Feld, daß die absolut gleiche Löhnung ohne Rücksicht auf die Arbeitsleistung nur eine Prämie für die Faulheit bilden und zu einem Rückgang in der Productivität der Arbeit, zu einer Verminderung der Menge der Genußmittel führen müsse.

Plaidirt Jemand, wie es Maximilian Schlesinger in Nr. 15 d. Bl. gethan, für ungleiches Einkommen, so setzen sich die Gegner auf das hohe Pferd der Principientreue und spotten über die Socialisten, welche das Schlagwort von der Gleichheit im Munde führen, im Herzen aber gar nicht gewillt sind, diese Gleichheit zur Wahrheit werden zu lassen.

Lassen wir die Leute ruhig reden und bemühen wir uns nur, in den volkswirthschaftlichen Problemen zur Klarheit zu gelangen. Gelingt uns dies, dann wird sich auch der Umschwung in der uns noch so feindlich gesinnten öffentlichen Meinung schnell genug vollziehen.

Die in unseren Reihen zu Tage tretenden Meinungsverschiedenheiten über die anzustrebende Vertheilung der Genußmittel lassen sich vielfach auf eine Begriffsverwechselung von Privatwirthschaft und Volkswirthschaft zurückführen. Diese Begriffsverwechselung ist leicht erklärlich. Weil jeder Einzelne eine Privatwirthschaft führt, weil die heutige Gesellschaft sich fast nur aus einzelnen, selbstständigen Privatwirthschaften zusammensetzt, eine einheitliche Volkswirthschaft noch nirgends existirt, so construirt sich beinahe jeder Einzelne die künftige Volkswirthschaft nach dem in der Privatwirthschaft geltenden Maßstabe. Man übersieht, daß wohl die organisirte Gesammtheit in den Besitz des vollen Arbeits-Ertrages kommen kann, daß aber niemals und unter keinen Verhältnissen dem einzelnen Arbeiter oder der einzelnen Arbeiter-Association ein Eigenthumsrecht an dem vollen und ungeschmälerten Arbeits-Ertrag zuerkannt werden darf, wenn der auf Privat-Eigenthum an den Productions-

Instrumenten basirenden kapitalistischen Productionsweise ein Ende gemacht werden soll.

Die menschliche Arbeit wird ja nicht allein zur Erzeugung greifbarer Gegenstände, sondern auch in Dienstleistungen für andere Menschen aufgewendet. Nur im ersteren Falle kann von einem Arbeits-Ertrag die Rede sein, den der Arbeiter als Lohn in Anspruch nehmen kann; der Ertrag, der Vortheil der Dienstleistung ist ja durch diese Dienstleistung selbst einem Anderen zu Gute gekommen. Hier giebt es also gar keinen greifbaren, als Einkommen reclamirbaren Arbeits-Ertrag.

Je productiver die menschliche Arbeit wird, je mehr es gelingt, die Naturkräfte nutzbar und dadurch weniger menschliche Arbeitskraft zur Herstellung der Genußmittel nothwendig zu machen, um so mehr Menschen werden in der Gesellschaft zu Dienstleistungen verwendet. Das zeigt sich in der ganzen Culturgeschichte. Die Zahl der unproductiven Arbeiter, wie Adam Smith diese diensteleistenden Menschen nennt, wächst zusehends mit der Productivität der Arbeit, mit der gesammten Cultur; sie Alle erhalten ihren Unterhalt ebenso gut wie die productiven Arbeiter, und können doch nur Einkommen beziehen, wenn Letztere nicht ihren vollen Arbeits-Ertrag für sich behalten.

Die Gesellschaft kann aber gar nicht dauernd produciren, wenn nicht fort und fort neue Productions-Instrumente zum Ersatz für die verbrauchten und abgenutzten hergestellt werden. Nur durch immer zunehmende Productivität, durch immer größer werdende Arbeitsersparung kann die Menschheit geistig und wirthschaftlich vorankommen; es müssen also immer neue Verbesserungen vorgenommen, immer mehr Arbeitsinstrumente, Maschinen, Eisenbahnen, Canäle, Straßen, Rohrleitungen gebaut werden. Die Herstellung solcher Anlagen erfordert riesige Mengen von Arbeitsthätigkeit; das Product, der Arbeitsertrag, kann aber den Arbeitern unmöglich als Lohn überwiesen werden; sie würden damit ja in den Privatbesitz der wichtigsten Productions-Instrumente gelangen, womit der mühsam errichtete Communismus sofort wieder über den Haufen fiele.

Aber alle diese Arbeiter müssen leben, müssen ein Einkommen an Verzehrsgütern, an Wohnung, Hausgeräth, Kleidung und Nahrung beziehen, welches nur durch einen Abzug von dem Arbeits-Ertrag der Arbeiter zu erhalten ist, welche jene Güter erzeugen.

Abzug am Arbeits-Ertrag ist und bleibt die Vorbedingung der menschlichen Gesellschaft; nur der isolirt lebende Barbar kann seinen ganzen Arbeits-Ertrag als Einkommen für sich behalten, als sein Eigenthum ansehen. Niemals haben die Arbeiter den ganzen Arbeits-Ertrag als Lohn erhalten, niemals können sie ihn als ihr Einkommen mit Beschlag belegen. Immer wird ein Theil dieses Ertrages für allgemeine Zwecke, zur Besoldung Derjenigen, welche der Gesellschaft Dienste leisten, dem Einkommen und der Verfügung der Arbeiter entzogen bleiben müssen.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß man die Vertheilung der Genußmittel und Einkommensgüter betrachten, wenn man sich nicht in so unlösbare Widersprüche verwickeln will, wie es Herr Oscar Schuster in Nr. 40, 41 und 42 des diesjährigen „Vorwärts" thut. Er will die Marx'sche Werththeorie als Vertheilungsmaßstab einführen und jeden Arbeiter mit Arbeitsstunden-Bons für die wirklich geleistete Arbeit ablohnen. Er meint nämlich, daß es durch planmäßige Production möglich sein werde, den Werth der Producte so zu fixiren, daß der gesellschaftliche Bedarf keinen Einfluß mehr auf ihn auszuüben im Stande ist; mit anderen Worten, er glaubt, daß man genau so viel Producte herstellen kann, als zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs nothwendig sind.

Bei allen durch menschliche Arbeit beliebig vermehrbaren Gütern wird das vielleicht möglich sein, wenigstens lassen sich keine durchschlagenden Gründe finden, weshalb wir nicht so viele Stiefeln fabriciren könnten, als Menschen im Lande sind — so lange der Bedarf an Leder durch die vorhandenen Thiere gedeckt werden kann.

Anders stellt sich aber die Sache bei allen Gütern, bei welchen die Productivität der Arbeit von den unberechenbaren Einflüssen des Naturfactors abhängig ist. Herr Oscar Schuster glaubt zwar, durch sorgsame Magazinirung der Getreide-Vorräthe in besonders guten Jahren könne späterem Mangel abgeholfen werden; durch solche Mittel vermag man den Einfluß des Naturfactors selbstverständlich abzuschwächen, es wird doch aber Niemand im Ernste behaupten wollen, daß dieser Einfluß damit ganz aus der Welt zu schaffen sei. Und so lange er da ist, so lange Fälle eintreten, in denen nicht so viel Getreide gewonnen wurde, als die Gesellschaft zu verbrauchen gewöhnt ist, so lange wird der gesellschaftliche Bedarf auch seinen Einfluß auf den Werth des Getreides ausüben.

Die Utopie, welche in der Ansicht steckt, daß der Einfluß des Naturfactors auf die Productivität der Arbeit durch Magazinirung ausgeschlossen werden könne, leuchtet sofort ein, sobald man statt des Beispiels von dem Getreide, welches ja dem natürlichen Zersetzungsproceß weniger schnell erliegt, andere Genußmittel in Betracht zieht, z. B. Fleisch, Wildpret, Fische, junge Gemüse.

Bei der Erzeugung dieser Lebensmittel spielt der Naturfactor eine so hervorragende Rolle, daß die Erträge von Jahr zu Jahr stark schwanken und an eine Conservirung gar nicht oder doch nur in ganz geringem Umfang gedacht werden kann. Die Rinderpest hat schon häufig den Viehstand ganzer Länder furchtbar gelichtet; der Milzbrand das Wild in weiten Forsten bis auf wenige Haupt hinweggerafft. Jedermann weiß, wie schwankend und unsicher der Ertrag des Fischfanges, z. B. bei den Häringen, ist; ein einziger Nachtfrost hat schon öfter die Roggen- und Gemüse-Ernte auf weiten Länderstrichen total vernichtet.

Wohl kann und wird die menschliche Gesellschaft den verheerenden Wirkungen solcher Vorkommnisse durch Ansammlung oder Beschaffung anderer Nahrungsmittel die Spitze abzubrechen suchen; darum handelte es sich bei der Frage aber nicht, sondern nur darum, ob der Naturfactor einen solchen Einfluß auf die Productivität der Arbeit auszuüben im Stande ist, daß der erzeugte Vorrath von gewissen Gegenständen nicht zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs ausreicht. Bei allen nicht beliebig vermehrbaren und nicht asservirbaren Gütern wird wohl immer eine Beeinflussung des Werthes durch den Bedarf vorkommen.

Schon aus diesem Grunde kann die Marx'sche Werththeorie nicht zu einem Maßstab der Vertheilung gemacht werden; jede Ueber- und Unterproduction wirkt auf den Werth ein; sollen nun Bons für die wirklich geleistete Arbeitszeit ausgegeben werden und Kaufkraft haben, soll also mit einem Scheingeld Handel und Wandel fortbestehen, wie es Herr Oscar Schuster verlangt, dann bleibt ja Angebot und Nachfrage bestehen, dann haben wir neben dem schwankenden Werth auch noch ein Steigen und Fallen der Preise!

Schacher und Handel im Communismus!

Wenn die einzelnen Bürger ihren Lebensunterhalt ankaufen müssen, so bleibt der Tauschverkehr bestehen, es herrscht Nachfrage und Angebot wie heute; daß statt des Metallgeldes ein Arbeitsgeld eingeführt ist, daß statt vieler Privathändler nur Staatsmagazine Handel treiben, ändert an der Sache gar nichts. Darum wird sich in einem solchen Ver-

hältniß derselbe Mißstand durch die Schwankungen der Getreidepreise herausstellen, der heute herrscht und der schon lange zu eingehenden Untersuchungen Veranlassung gegeben hat.

Die Getreidepreise unterliegen nämlich ganz anderen Schwankungen, wie die Preise aller anderen Waaren.

Nach Tooke-Newmarch, Geschichte der Preise, steigt der Preis des Getreides, wenn der Ausfall der Ernte

1	Zehntel	beträgt,	um	3	Zehntel,
2	„	„	„	8	„
3	„	„	„	16	„
4	„	„	„	28	„
5	„	„	„	45	„

Brod ist das Hauptnahrungsmittel, welches Niemand entbehren, in dessen Consum sich Niemand gern bedeutend einschränken mag. Um den gewohnten Bedarf zu decken, legt man sich gern alle anderen Einschränkungen und Entbehrungen auf, um das dabei ersparte Geld zum Ankauf von Brod resp. Getreide zu verwenden. Jede Vertheuerung aller übrigen Waaren führt zu einer starken Beschränkung im Consum; beim Brod ist dies erfahrungsgemäß nicht oder doch nur in sehr geringem Maße der Fall. Gleich stark bleibende Nachfrage bei verringertem Vorrath muß natürlich die Preise eminent in die Höhe treiben.

Vermehrtes Angebot nach sehr ergiebigen Jahren drückt den Preis des Getreides wieder in einer viel stärkeren Weise, als bei anderen Waaren. Bei diesen verlocken billige Preise zu vermehrter Consumtion; wer kann, wer wird aber seinen Brodconsum wegen der billigen Preise stark vermehren, wenn er den Durchschnittsbedarf bisher schon zu decken im Stande war?

So lange die Menschen nicht Träumer wie Pharao und Traumdeuter wie Joseph zur Disposition gestellt bekommen, so lange werden sie auch mit den Schwankungen im Ertrage unserer Culturgewächse zu kämpfen haben. Die Behauptung des Professor Schäffle, daß in Nothjahren nicht nach dem Werth verkauft, sondern ein höherer Preis gefordert werden muß, ist durchaus zutreffend. Das hat Herr Oscar Schuster übersehen und den schwerwiegendsten Einwand Schäffle's gegen die Möglichkeit, die Marx'sche Werththeorie zum Vertheilungsmaßstab zu machen, durch Magazinirung des Getreides à la Joseph von Aegypten aus der Welt schaffen zu können geglaubt.

Wenn aber Marx an der Stelle, an welcher er von der Vertheilung der Producte in einer communistischen Gesellschaft spricht, ausdrücklich hervorhebt, daß er nur zum Vergleich mit dem Waarentausch annehme, die Vertheilung richte sich nach der geleisteten Arbeitszeit, dann kann er seine Werththeorie gar nicht zum Maßstab der Vertheilung machen wollen, wie sich aus den folgenden Erörterungen unwiderleglich herausstellen wird.

Marx behandelt in seinem „Kapital" nur den Werth der beliebig vermehrbaren Waaren; über den Werth der unproductiven Arbeit, den Werth der Dienstleistungen geht er hinweg. Schreiber dieses glaubt aber die Marx'sche Werththeorie nicht ohne Glück auch auf die Dienstleistungen angewendet und damit einen Fingerzeig gegeben zu haben, nach welchem Modus die Vertheilung der Güter so geregelt werden kann, daß sich das Einkommen jedes Einzelnen mehr oder minder genau nach seiner Betheiligung an der für die Gesellschaft verrichteten Arbeit bestimmt.

Denkt man sich eine Löhnung aller Arbeiter, sowohl derjenigen, welche die verschiedenen Verzehrsgüter herstellen, wie auch der Arbeiter, welche mit der Reparatur und dem Neubau von Arbeits-Instrumenten beschäftigt sind, ebenso aber auch aller mit Dienstleistungen beschäftigten Arbeiter, — denkt man sich, die ganze menschliche Gesellschaft werde für ihre Arbeit mit Arbeitsstunden-Bons abgelohnt, es erhielte also Jeder genau so

viele Stunden-Bons, als er Stunden gearbeitet hat, so stellt sich sofort die Unmöglichkeit heraus, diese Stunden-Bons zum vollen Werth gegen Waaren umzutauschen.

Es kommen zur Vertheilung, zum Verkauf ja nur die Verzehrsgüter, also Wohnungen, Hausgeräthe, Kleider, Nahrungsmittel und sonstige für die Consumtion bestimmte Gegenstände. Es ist aber nur ein Theil der Gesammt-Arbeitszeit zur Herstellung dieser Güter aufgewendet worden; bekommt nun jeder Arbeiter Bons für die wirklich geleisteten Arbeitsstunden, so haben jene Arbeiter, welche die Verzehrsgüter producirt haben, schon so viel Kaufkraft, um das ganze, überhaupt zur Vertheilung kommende Product in Beschlag zu nehmen. Alle übrigen Arbeiter haben aber auch ihre Arbeit mit den Schuster'schen Bons bezahlt erhalten; sie müssen damit ihren Unterhalt einkaufen; das unausbleibliche Resultat ist eine allgemeine Entwerthung der Bons. Denn wenn nur die Hälfte der Gesammt-Arbeitszeit zur Production der Verzehrsgüter aufgewendet wurde, die übrige Arbeit aber ebenfalls mit Bons abgelohnt wird, so ist natürlich gerade doppelt so viel Kaufkraft an Bons vorhanden, als der Werth der Verzehrsgüter in Arbeitsstunden beträgt; selbstverständlich kauft man dann mit dem Bon für eine geleistete Arbeitsstunde nur das Product einer halben Arbeitsstunde.

Wollte die Gesellschaft also die Marx'sche Werththeorie als Maßstab für die Vertheilung benützen, so müßte sie entweder die Arbeit unter dem Werth bezahlen, oder aber die Producte über den Werth bezahlt nehmen; in beiden Fällen würde das gerade Gegentheil von Dem, was in der Theorie als Werth anerkannt ist, in der Praxis als realer Werth zur Erscheinung kommen.

So lange man sich die Arbeitskraft als eine Waare denkt, die verkauft und bezahlt wird, wie jede andere Waare; so lange der Arbeiter wieder seinen Bedarf für den erhaltenen Lohn einkaufen muß; so lange also Tausch und Waare bestehen, so lange wird auch Preis und Werth nicht dauernd zusammenfallen.

Sobald aber irgend welche Gemeinschaft planmäßig dem Bedarf entsprechend producirt, sobald sie sich in der Production wie in der Consumtion als sittliche Gemeinschaft fühlt und betrachtet, wie es in der Familie der Fall ist, so gehen der Begriff der Waare und die Manipulation des Tausches sofort in die Brüche. Jeder hat und fühlt die Verpflichtung, nach Kräften an der Production theilzunehmen, das Arbeitsproduct wird dann auch nicht mehr nach den Gesetzen des Waarentausches, sondern dem vernunftgemäßen Bedarf entsprechend an die einzelnen Mitglieder vertheilt.

Dieser ideale Zustand, von dem wir wohl noch viele hundert Jahre entfernt sind, wenn er überhaupt jemals erreicht werden kann, hat wohl dem Congreß vorgeschwebt, als er den Passus im Programm annahm, in welchem es heißt:

> „Es gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsproduct, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen."

Beiläufig bemerkt, ist dieser Passus sehr wenig präcis. Thatsächlich gehört das gesammte Arbeitsproduct *nicht* der Gesellschaft, sondern den Besitzern der zu seiner Herstellung erforderlichen Productionsmittel. Es ist also falsch, zu behaupten, dies Arbeitsproduct gehöre der Gesellschaft; wir verlangen, daß dies künftig der Fall sein solle; es ist ein Postulat, welches wir an eine künftige Gesellschaft richten, und welches erst dann zur realen Grundlage der Eigenthumsordnung werden kann, wenn die Majorität sich zu unseren Rechtsanschauungen bekehrt hat und stark genug zur Umformung der anjetzt noch zu Recht be-

stehenden Eigenthumsordnung geworden ist. Der citirte Satz des Programms müßte also etwa lauten:

„Deshalb sollte das Gesammt-Arbeits-Product der Gesellschaft gehören; die zum Consum bestimmten Güter aber sollten bei allgemeiner Arbeitspflicht nach gleichem Recht unter Alle, ihren vernunftgemäßen Bedürfnissen entsprechend vertheilt werden."

In der heutigen Gesellschaft wird das Gesammt-Arbeits-Product zu Einkommen, es geht — geringe Ausnahmen abgerechnet — in Privateigenthum über. Nach Aufhebung des Privateigenthums an Grund und Boden und an den Productions-Instrumenten werden alle neuhergestellten Arbeitsmittel communistisches Eigenthum, nur die Verzehrsgüter bilden das zu Privateigenthum werdende Object der Vertheilung. Spricht man also von einer Vertheilung der Güter in einem communistischen Staat, so kann es sich immer nur um die Vertheilung der Genußmittel, der Verzehrsgüter handeln.

Zweck der Vertheilung dieser Genußmittel ist doch die Befriedigung des Bedarfs der einzelnen Personen oder wirthschaftlichen Consumsgenossenschaften. Es muß also auf den Bedarf besondere Rücksicht genommen und durch seine Befriedigung auf Beseitigung alles leiblichen und geistigen Nothstandes hingearbeitet werden.

Nach Schäffle ist diejenige Vertheilung des gesellschaftlichen Productionsertrages die beste, bei welcher die sittliche Gemeinschaft im Ganzen und in der Abstufung aller ihrer Gliederungen zum höchsten Maß der Gesittung und hiernach zum höchsten Maß aller wahrhaft menschlichen Befriedigung zu gelangen vermag. Kürzer und schärfer drückt Dr. Stamm diesen Gedanken aus mit den Worten: „Das größte Wohl für die größte Zahl."

Gesittung und Wohlsein des Menschen erfordert als Vorbedingung eine gesicherte leibliche Existenz. Die Natur selbst hat die Minimalgrenze des Einkommens gezogen, unter welche das Quantum von Genußmitteln nicht hinabsinken darf, wenn die leibliche Existenz nicht gefährdet werden soll. Wir kennen, Dank den Fortschritten der Chemie, die Menge von Kohlenstoff, Stickstoff ꝛc., die ein Durchschnittsmensch täglich zu sich nehmen muß, um Hungerkrankheiten zu vermeiden. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß und welchen Einfluß das Klima auf die Ernährung ausübt, daß Größe und Art des Nahrungsbedürfnisses von dem mehr oder weniger kalten oder heißen Klima abhängen. Ebenso ist es mit der Kleidung, der Wohnung und den zur Erwärmung der Wohnräume nöthigen Brennstoffen.

Die Befriedigung dieses unumgänglichen Bedarfs für jede einzelne Existenz zu erreichen, ist das erste Ziel der Production. Selbstverständlich ist die Vertheilung der Genußmittel nach ganz gleichem Recht für jeden Einzelnen zu bewirken, bis dieser absolute Bedarf vollständig gedeckt ist.

Diese Verpflichtung hat sogar die heutige Gesellschaft schon in Zeiten der Noth oft genug anerkannt und praktisch in jeder längere Zeit belagerten Stadt durchgeführt, ohne sich irgend welche Skrupel über die Verletzung der Heiligkeit des Eigenthums zu machen.

Nach Befriedigung des absolut nothwendigen Bedarfs, der selbst in einem Lande von der Größe Deutschlands schon verschieden ist, hat die Vertheilung für die Deckung des relativ nöthigen Bedarfs zu sorgen. Unter diesem relativ nöthigen Bedarf ist — nach Ad. Wagner's „Grundlegung" — die nach Sitte und Gewohnheit für die verschiedenen Bevölkerungs- und Berufsklassen wechselnde Quantität und Qualität von Genußmitteln zu verstehen, welche der Mensch als Einkommen beziehen muß, wenn er nicht als unter seinem Standard of life lebend angesehen werden soll.

Die Verschiedenheit des Berufs, des Wohnorts und der ortsüblichen Ernährung macht schon ganz von selbst klar, daß von einer absolut gleichen Vertheilung der Genußmittel nicht mehr die Rede sein kann, sobald eine größere socialistisch organisirte Gesellschaft nach der Deckung des absolut nothwendigen Bedarfs zur Aufrechterhaltung des durch Sitte und Gewohnheit vorgeschriebenen Standard of life schreiten will.

Die Bewohner unserer östlichen Provinzen tragen im Winter Pelze; der polnische Fornal (Pferdeknecht), der nicht einmal einen Schafpelz besitzt, gilt als unter seinen Stand hinabgesunken, als verlumpt. Unsere Fischer und Schiffer an der ganzen Ostseeküste haben wasserdichte Theerjacken und lange Wasserstiefel. Pelze, Theerjacken und Wasserstiefel gelten dagegen im südwestlichen Deutschland als überflüssige Dinge, weil das dortige Klima den Gebrauch derartiger Kleidungsstücke nicht erforderlich macht.

Im Südwesten ist dagegen das Weintrinken so allgemein eingeführt, daß der Tagelöhner seinen Schoppen leichten Wein geliefert bekommt; der ostpreußische und posensche Arbeiter würde sich weigern, dies Getränk zu sich zu nehmen. In anderen Gegenden ist das Bier zu einem unentbehrlichen Lebensbedürfniß geworden; so hat sich eine Verschiedenheit des gewohnheitsmäßigen Bedarfs herausgebildet, welche bei der Production und Vertheilung der Genußmittel berücksichtigt werden muß, wenn das Wohlsein der Menschen als Ziel und Zweck der Wirthschaft im Auge behalten werden soll. Das ergiebt einen so großen Unterschied in der Quantität und Qualität der zur Vertheilung gelangenden Producte, daß von einer Gleichheit der Rationen selbst hier gar nicht die Rede sein kann, wo es sich doch nur um die Aufrechterhaltung der Lebenshaltung der verschiedenen Berufsklassen der arbeitenden Bevölkerung handelt.

Neben dem absolut nothwendigen und dem relativ nothwendigen Bedarf giebt es aber auch noch Culturbedürfnisse, welche, um Roscher's treffliches Wort zu gebrauchen, meist da am wenigsten gefühlt werden, wo sie am meisten vorhanden sind. Je roher und ungebildeter der einzelne Mensch ist, um so weniger fühlt er den Mangel an Bildung; je mehr ein Mensch gelernt hat, um so lebendiger ist sein Wissensdurst. Wollte der Socialismus sich darauf beschränken, allen Gliedern eine materiell sorgenfreie Existenz zu verschaffen, wollte er die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse als endgültiges Ziel und Zweck seiner Bestrebungen proclamiren, so wäre er in der That ein culturfeindliches Unternehmen.

Konnte sich auch Aristoteles zur Erreichung seines Staatsideals, als welches er ein Leben in Glückseligkeit und Schönheit für die Bürger hinstellt, keine Gesellschaft ohne Sclavenarbeit denken, damit doch wenigstens ein Theil der Menschen Zeit behielte, „den Geist zu bilden und die Geschäfte des Staates zu besorgen", — so unterliegt es für uns keinem Zweifel, daß die Einspannung der Naturkräfte in den Dienst der Menschen jetzt die Möglichkeit gegeben hat, allen Menschen die materiellen Vorbedingungen zu verschaffen, welche erst eine geistige Ausbildung ermöglichen.

Die Fortschritte auf allen Gebieten des Wissens sind so ungeheurer Natur, daß eine, alle Zweige des Wissens umfassende gründliche Bildung heute von keinem Sterblichen mehr erreicht werden kann. Auch im Wissen hat eine Arbeitstheilung stattgefunden; die Hülfsmittel zur Erlangung der Kenntnisse in den verschiedenen Zweigen des Wissens sind ebenso verschieden, wie diese Zweige selbst.

Während der Chemiker sich mit Gläsern, Flaschen, Retorten, Destillir-Apparaten und hundert verschiedenen Reagentien versehen muß, um seine Versuche und Experimente zu machen, braucht der

Maler nur Leinwand, Pinsel und Farben zur Ausübung seiner Kunst. Dem Musiker genügt ein Instrument, dem Dichter ein Blatt Papier, auf dem er schreiben kann; der Ingenieur und der Baumeister müssen ihre Studien an Zeichnungen, Plänen und Modellen machen. Wenn hier Künste und Wissenschaften zusammengeworfen sind, so geschah das, um anschaulich zu machen, wie groß der materielle Unterschied der Gebrauchsgegenstände ist, welche die Gesellschaft erzeugen muß, um den verschiedenen Culturbedürfnissen ihrer Glieder Genüge zu leisten.

Hier kann, hier wird niemals der Schacherstandpunkt eingenommen werden dürfen, nach welchem jedem Einzelnen der Bedarf zur Befriedigung seiner Culturbedürfnisse nach den Gesetzen des Tausches, nach Leistung und Gegenleistung zugemessen wird. Dem Kinde, welches Talent und Neigung für Musik zeigt, lassen bemittelte Eltern sicherlich Unterricht geben, schaffen ein theueres Instrument dazu an, ohne daß es ihnen einfällt, gleich große Ausgaben für ein anderes Kind zu machen, welches derartige Neigungen und Fähigkeiten nicht besitzt.

Die auf sittlichen Grundlagen basirte communistische Gesellschaft wird genau ebenso verfahren; sie wird mit steigender Cultur das Culturbedürfniß zu vermehren suchen, weil sie in ihrer Totalität den Werth allseitiger und allgemeiner Bildung besser zu schätzen im Stande sein wird, als die heutige Gesellschaft.

Eine unbedingte Gleichheit der zur Vertheilung kommenden Rationen an Genußmitteln erscheint daher weder zur Erreichung des eigentlichen Zweckes des Socialismus nothwendig, noch überhaupt bei den Culturbedürfnissen durchführbar; bei Befriedigung des absolut nothwendigen Bedarfs an Lebensmitteln lassen sich gewisse Ungleichheiten ebenso wenig vermeiden, wenngleich hier eine annähernde Gleichheit anzustreben sein wird.

Meines Erachtens ist der Socialismus und Communismus denkbar und durchführbar, ohne daß eine absolut gleiche Vertheilung der Genußmittel stattfindet; ja es dürfte sich die Behauptung vertheidigen lassen, daß der Communismus die Forderung der absolut gleichen Vertheilung gar nicht aufstellen darf, wenn er nicht bei den ersten Schritten zu seiner Realisirung straucheln will. Die Ungleichheiten im Einkommen sind ja so enorm, daß die Durchführung einer ganz gleichen Vertheilung weit mehr Schwierigkeiten verursachen und weit mehr Unzufriedenheit erregen muß, als die allmähliche, aber sicher wirkende Ausgleichung der schreienden Mißverhältnisse.

Acceptirt man das Princip der ungleichen Rationen, so treten damit neue Schwierigkeiten zu Tage. Es läßt sich abstract leicht klar machen, daß der Gesammtwerth der zur Consumtion bestimmten Genußmittel in der Weise unter die einzelnen Individuen vertheilt werden kann, daß jede geleistete Arbeitsstunde so viel Kaufkraft bekommt, ihr so viel Product zugewiesen wird, als nach der Masse der vorhandenen Genußmittel und der aufgewendeten Gesammt-Arbeitszeit auf sie entfällt. Die praktisch durchführbare Art und Weise einer derartigen Vertheilung hat bisher aber noch Niemand ausgeklügelt. Die Centralisirung von Production und Consumtion erscheint bei einem weiten Gebiet und bei einer nach Millionen zählenden Bevölkerung ohne militärischen Gehorsam, ohne blinde Unterwerfung unter die Dispositionen der leitenden Behörde geradezu undenkbar. Eine derartige Organisation ist in der ganzen Entwickelungsgeschichte der Menschen nicht dagewesen; wo sich Aehnliches gezeigt hat, war Sclaverei und Unterjochung die Vorbedingung. Es ist daher auch nicht anzunehmen, daß sich die Menschen freiwillig einer so allmächtigen Behörde unterordnen werden, und dies um so weniger, als gar keine Garantie

für die Befähigung der zu diesem schwierigen Amt ausersehenen Menschen geboten werden kann, jeder von denselben gemachte Fehler oder Mißgriff aber die ganze Organisation in's Stocken bringen muß.

Wie schon oben gesagt, noch ist von keiner Seite ein irgendwie auch nur discutirbarer Plan vorgelegt worden, nach welchem eine derartige Staatmaschine einzurichten, zu ordnen und im Gang zu erhalten wäre. Die Beispiele, welche eben nur als Beispiele oft genug citirt worden sind, die Post, das Eisenbahnwesen, die Militär-Verwaltung, jetzt auch das Tabaksmonopol, — sie beweisen nur die Möglichkeit einer großartig ineinandergreifenden, planmäßig angelegten Production, sie sind aber immer auch Beweise für die hierarchisch und bureaukratisch angelegte, auf das Wohlsein der einzelnen Beamten und Arbeiter so gut wie gar keine Rücksicht nehmende Organisation eines derartigen Verwaltungs-Apparats. Die individuelle Freiheit des einzelnen, nur als Rad in diesem ungeheuren Triebwerk geltenden Menschen wird von allen Seiten und nach allen Richtungen hin eingeschränkt.

Das wird gar zu häufig übersehen, wenn es sich um die Entwerfung eines Cartons zu irgend welchem Zukunftsbilde handelt; die Ausführung eines solchen Gemäldes würde mit ziemlich dunkel gehaltenen Farben, grau in grau, geschehen müssen, wenn sie der voraussichtlichen Wirklichkeit entsprechen soll.

Man hofft, wünscht und erwartet Leistungen vom Staat, denen diese gesellschaftliche Vereinigung gar nicht gewachsen ist. Der Staat ist ja nur die Vereinigung aller seiner Bürger zu einer gemeinsamen Verwaltung; mag eine Republik, eine constitutionelle oder absolute Monarchie die Form sein, in welche der Staat sein eigentliches Wesen verhüllt, immerhin wird die menschliche Gesellschaft nur durch freiwillig oder zwangsweise durchgeführte gemeinsame Verwaltung sich zu einem Staatswesen herausbilden.

Jeder Staat hat ein räumlich abgegrenztes Staatsgebiet, ein von seinen Bewohnern occupirtes Stück der Erdoberfläche, von dessen Größe, natürlicher Beschaffenheit, sowie von dem dort herrschenden Klima die Wirthschaftsweise des Volkes abhängt. Die Art und Weise, in welcher eine wirkliche, also von einem centralen Willen geleitete Volkswirthschaft geführt werden muß, richtet sich daher naturgemäß nach der Beschaffenheit des Grund und Bodens, nach Klima und geographischer Lage. Je mannichfaltiger die in dem Boden enthaltenen und aus ihm zu hebenden Rohproducte sind, je verschiedener die auf dem Boden durch menschliche Arbeit zu erzeugenden Culturpflanzen sind, um so complicirter wird die an jeder einzelnen Stelle dem Princip der Wirthschaftlichkeit entsprechendste Art und Weise des Betriebes.

Auf dem grasreichen, hin und wieder überschwemmten Niederungsboden wird Vieh- und Weidewirthschaft, auf dem ganz leichten Sandboden Forstcultur, auf schwerem Lehmboden Getreidebau getrieben werden müssen, wie das ja schon heute der Fall ist. Wir haben aber kaum eine Feldmark, in welcher nicht verschiedene Bodenarten neben- und untereinander vorkommen, so daß überall nur an Ort und Stelle und vielfach auch nur nach der zur Bestellzeit herrschenden Witterung über die Art und Weise der landwirthschaftlichen Benutzung entschieden werden kann. Dieser nicht zu beseitigende Umstand macht eine Disposition der Staatsbehörde über die einzuhaltende Wirthschaftsmethode wenn nicht zur Unmöglichkeit, so doch zu einem gewaltigen Hemmschuh für die ausgiebigste Benutzung des landwirthschaftlichen Bodens. Die Disposition für die landwirthschaftliche Production wird daher rationeller Weise immer der zu einer Wirthschaftsgemeinde umgeformten politischen Gemeinde über-

lassen bleiben müssen, was natürlich eine Staatsaufsicht durchaus noch nicht ausschließt.

Die Landwirthschaft, welche jedem Volke die unentbehrlichen Lebensmittel erzeugen muß, verdient bei allen Projecten zu einer besseren Gestaltung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse mehr berücksichtigt zu werden, als es bisher meist geschehen ist. Denn nur durch eine in jeder Beziehung rationell betriebene Landwirthschaft sind wir im Stande, den absolut nothwendigen Bedarf aller Menschen zu befriedigen.

In zweiter Reihe ist dann der Bergbau, die Gewinnung von Kohle, Eisen, allerhand Erzen, Mineralien ꝛc. in Betracht zu ziehen. Diese Industrie ermöglicht erst die weitere Ausbildung der Wirthschaft; sie liefert die Rohstoffe, aus denen wir die Arbeitsmaschinen herstellen können, sie bildet auch zu gleicher Zeit in der Art und Weise ihres Betriebes den natürlichen Uebergang, das Verbindungsglied zwischen der Landwirthschaft und der die Weiterverarbeitung der Rohstoffe und ihre Umformung zu Gebrauchsgegenständen besorgenden Industrie.

Die Organisation der productiven Thätigkeit der Menschen wird bei dem Bergbau wieder eine andere, den eigenthümlichen Verhältnissen desselben angepaßte sein müssen, wie bei der Landwirthschaft; die eigentliche Industrie erfordert wieder eine andere Organisation des Großbetriebes, wie der Bergbau.

Und ebenso, wie diese verschiedenen, im Culturstaat unentbehrlichen Productionszweige nicht nach einer gleichmäßigen Schablone organisirt werden können, ebenso wenig kann die Vertheilung der Genußmittel für alle Wirthschaftsgenossenschaften gleichartig sein, weil ja die auf Landwirthschaft basirte Arbeitsgemeinde andere Bedürfnisse und andere Arbeitsproducte hat, als eine Genossenschaft in einem Kohlenrevier.

Recapituliren wir das Gesagte.

Die Vertheilung des Arbeits-Ertrages unter die Arbeiter ist mit der Idee des Communismus unvereinbar. Nicht der Arbeits-Ertrag kann vertheilt werden, sondern nur derjenige Theil desselben, der in Genußmitteln besteht, welche für die directe Consumtion bestimmt, zur Befriedigung 1) der natürlichen, 2) der gesellschaftlich als nothwendig anerkannten und 3) der höheren Culturbedürfnisse bestimmt sind.

Eine Vertheilung dieser Genußmittel in absolut gleichen Rationen ist undenkbar, weil die Bedürfnisse nach den örtlichen Verhältnissen, nach der Beschäftigungsweise und nach der individuellen Neigung der Menschen schon verschieden sind.

Die verschiedene Richtung, welche die Production der Güter aus localen und natürlichen Verhältnissen einschlägt, muß selbstverständlich eine Einwirkung auf die Art der Vertheilung ausüben. Die Gemeinde, welche Land- und Gartenwirthschaft, Obst- und Weinbau treibt, wird nicht verhindert werden können, ihren eigenen Bedarf an diesen Consumtibilien in reichlichem Maße zu befriedigen; die auf sterilem Boden wohnende, bergmännische Arbeit verrichtende Gemeinde wird mit diesen Nahrungsmitteln versorgt werden müssen, ihren eigenen Bedarf z. B. an Kohlen aber ebenso gut aus ihrem Arbeitsproduct zurückbehalten wollen, wie es die Gärtner und Landwirthe thun. Die Staatsbehörde, welche hier hemmend und reglementirend eingreifen wollte, würde sich das Grab ihrer Autorität selber graben.

Keine Staatsbehörde ist im Stande, die gesammte Production wirthschaftlich richtig zu leiten und die Vertheilung der Genußmittel bis in die Details hinein zu besorgen. Wo es geschehen kann, geht das nur nach der Schablone des Militarismus. Die in Atome aufgelöste menschliche Gesellschaft ist andererseits ebenso wenig im Stande, eine socialistische oder gar communistische Organisation

durchzuführen. Es muß also ein Mittelweg gesucht und gefunden werden, auf dem einerseits der centralisirenden Kraft des Staates so viel Spielraum gelassen wird, als zur Vermeidung unwirthschaftlicher Arbeit nothwendig ist, auf dem andererseits den einzelnen Individuen und den örtlich zusammenwohnenden, sich aus Familien oder Consumgenossenschaften zusammensetzenden Wirthschaftsgemeinden möglichst freie Disposition über ihre Arbeitsthätigkeit gelassen wird.

Eine derartige Organisation ist meines Erachtens nicht blos denkbar, sondern auch ohne besonders gewaltsame Maßregeln durchführbar, und zwar durch energische Fortbildung des Gewerbebetriebs der politischen Gemeinden, unterstützt durch Einführung von Institutionen, welche die Versorgung der Gemeindeglieder mit den nothwendigsten Genußmitteln dem unwirthschaftlichen Handel entziehen und der Commune selbst in die Hand geben.

Derart organisirte Gemeinden werden das Fundament bilden müssen, auf welchem sich die planmäßig organisirte Production aufbaut, in ihnen wird die Vertheilung der Genußmittel in einer wirthschaftlichen, den verschiedenen Bedürfnissen genügend Rechnung tragenden Weise geregelt werden können. C. A. S.

Zur Wahlreform-Frage.

Die in verschiedenen Artikeln der „Zukunft" bereits gemachten Vorschläge zu einer zweckentsprechenden Vertretung aller Parteirichtungen veranlassen uns ebenfalls mit einem Vorschlag hervorzutreten, der sich ebenso sehr durch Einfachheit wie Zweckmäßigkeit auszeichnen dürfte.

Zweck einer gerechten Parteivertretung soll sein, daß jede Partei genau in dem Maße in der Volksvertretung Sitz und Stimme hat, wie die Zahl der für sie abgegebenen Wahlstimmen zu der Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen sich verhält.

Daraus folgt, daß man nicht von vornherein sagen kann, wie es ein in Nr. 11 mit D. St. unterzeichneter Artikel thut, je 10,000 abgegebene Stimmen haben das Recht auf einen Vertreter, Gruppen und Bruchtheile von über 5000 Stimmen ebenfalls, denn das würde zur Folge haben, daß die Volksvertretung einmal aus so und so viel, das andere Mal aus so und so viel Vertretern bestände. Würden z. B. bei der einen Wahl 5 Millionen Stimmen abgegeben, so würde die Volksvertretung in runder Zahl, die Gruppen und Parteireststimmen einmal bei Seite gelassen, 500 Vertreter zählen, wenn aber nach drei Jahren 6 Millionen oder nur 4,700,000 Stimmen abgegeben würden, würde sie nach diesem Vorschlag 600 oder auch nur 470 Vertreter zählen. Man sieht, daß durch diesen Vorschlag keine geeignete Lösung zu erzielen ist. Auch könnte die von D. St. vorgeschlagene Bestimmung, daß Gruppen von über 5000 Stimmen ebenfalls ein Recht auf einen Vertreter haben sollen, sogar in schwindelhafter Weise ausgebeutet werden. Es könnte alsdann eine Partei, die in einer Provinz ihre genaue Stärke auf Grund früherer Wahlen kennt, auf den Gedanken kommen, sich in verschiedene Gruppen zu theilen und so bei einer Gesammtstimmenzahl von 30—34,000, wo sie nur 3 Vertreter nach dem Gesetz erlangen würde, 5 bis 6 Vertreter herausschlagen. Dieser Vorschlag ist also geradezu verderblich. Unter welchen Umständen auch eine Partei, die in solcher Minorität geblieben, daß sie die für einen Vertreter nothwendige Stimmenzahl nicht erlangen konnte, ausnahmsweise zu einem Vertreter kommen kann, habe ich weiter unten ausgeführt. Das Wahlsystem darf die Zersplitterung in kleine Parteien und Gruppen nicht begünstigen, es muß vielmehr auf

Centralisation der gleichgesinnten Kräfte hinwirken. Starke Parteienzersplitterung ist überdies kein Zeugniß von gesundem und vorgeschrittenem politischen Leben. Es muß also nach dem Ausgeführten die Vertretung jeder einzelnen Partei genau in der Art festgestellt werden, daß ihr Vertretungsrecht von der Gesammtzahl der bei einer Wahl Abstimmenden abhängt.

Setzen wir z. B. fest, daß, wie jetzt, je 100,000 Einwohner einen Vertreter haben sollen, so würde nach der letzten Volkszählung das Reich ungefähr 427 Vertreter haben müssen — gegenwärtig hat es nur 396. Würden nun bei einer allgemeinen Wahl von den über 8 Millionen Wählern 6,180,000 Stimmen abgegeben, so kämen auf jeden Volksvertreter rund 15,000 Stimmen.

Die Wahl hätte nun in der Art stattzufinden, daß sie nicht nach Personen, also Candidaten, sondern nach Parteien vorgenommen wird. Zu diesem Zweck müßten die Stimmzettel mit dem Namen der Partei versehen sein, für welche der Wähler stimmt; doch wäre es gestattet, daß dieselben auch die Namen von so viel Candidaten enthalten, als die Partei glaubt im allergünstigsten Fall durchsetzen zu können. Auch könnten neben den in Aussicht genommenen Candidaten die Grundsätze, das Programm der Partei auf dem Stimmzettel abgedruckt werden, damit der Wähler genau weiß, für welche Grundsätze er stimmt und welche Personen diese Grundsätze zu vertreten haben würden, wenn eine genügende Zahl Stimmzettel für die betreffende Partei abgegeben werden.

Natürlich müßten für diesen Zweck die Stimmzettel durchschnittlich etwas größer ausfallen wie jetzt, und würde es sich empfehlen, ein für alle Parteien gleich großes Format gesetzlich vorzuschreiben, und zwar auch für den von uns in's Auge gefaßten Fall, daß die Stimmzettel nur in amtlich zu liefernden Couverts abzugeben wären.

Der Wahlmodus wäre nun folgender.

Wahlkreise giebt es nicht, dagegen bildete jede Commune unter 3000 Seelen einen Wahlbezirk zur bequemen Abgabe der Stimmzettel; Communen über 3000 Seelen würden, wie bei dem jetzigen Verfahren, in einzelne Wahlbezirke, von denen keiner über 3000 Seelen haben darf, zerlegt.

Nach Schluß der Wahl nimmt der aus Vertretern aller in dem Bezirk an der Wahl sich betheiligenden Parteien bestehende Wahlausschuß die Auszählung der Stimmen in der Art vor, daß dieselben nach der Parteistellung zusammengelegt und registrirt werden. Stimmzettel, die keine Parteibezeichnung, sondern nur Personennamen haben, sind ungültig. Es ist dies nothwendig, weil, wenn eine solche Person weit über das nothwendige Maß Stimmen erhielt, man gar nicht wüßte, wie diese zu repartiren wären, oder auch wie die Wahl gehandhabt werden sollte, wenn die Person, für welche direct gewählt wird, sich bereits auch auf einer anderen Liste befindet und unter die Gewählten rückt.

Dagegen kann jede noch so kleine Partei, welche eine Person vorzugsweise im Auge hat, sich unter einem beliebigen Parteinamen constituiren; sie wird aber, wenn sie auch nur auf einen Vertreter rechnet, genöthigt sein, mehrere Namen auf die Liste zu setzen, wenn die Möglichkeit vorhanden ist, daß der von ihr in's Auge gefaßte Vertreter Aussicht hat, auch mit einer anderen Liste durchzudringen.

Wir wollen dies an einem Beispiel deutlich machen.

Wir nehmen an, der verstorbene Jacoby hätte sich bei einer solchen Wahl auf der Candidatenliste der Volkspartei und derjenigen der Socialdemokratie befunden. Nach dem Stimmenresultat hätte der Name Jacoby's auf beiden Listen an der Spitze oder doch in einer solchen Reihenfolge gestanden, daß er von beiden Seiten unter die gewählten Candidaten gekommen wäre. Selbstverständlich kann er nicht zweimal gewählt werden. Entweder hätte nun der Candidat in einer Erklärung sofort mitzutheilen gehabt, auf welche Seite er definitiv als Vertreter treten wolle, oder die Entscheidung wäre in der Weise zu treffen gewesen, daß, wenn er auf der Liste der Volkspartei in dritter, auf derjenigen der Socialdemokratie in fünfter Linie stand, er als Vertreter der Volkspartei proclamirt wurde und dafür auf der socialdemokratischen Liste ein Name nachrückte, der sonst ausgefallen wäre.

Nun ist allerdings festzuhalten, daß solche Fälle unter Hunderten kaum einmal und später vielleicht gar nicht mehr vorkämen, einmal weil jede Partei von

ihren in Aussicht genommenen Candidaten schon vorher eine bestimmte Erklärung für den Fall der Wahl fordern würde, dann, weil jeder Candidat gezwungen würde, wo ihn zwei Parteien als Candidat aufstellten, sich für die eine oder die andere zu entscheiden. Jede Halbheit und Unentschiedenheit würde also von vornherein ausgeschlossen sein. Es dürfte also in Wirklichkeit der von uns hypothetisch angenommene Fall einer Figurirung auf zwei Listen gar nicht vorkommen und damit unser selbst erhobener Einwand gegen eine Doppelwahl hinfällig werden.

Wir fahren also fort in der Darlegung des Wahlmodus.

Nach stattgehabter Auszählung und Registrirung der Stimmen in jedem Wahlbezirk würde das bezügliche Protocoll von allen Mitgliedern des Wahlausschusses unterschrieben, die Stimmzettelpackete versiegelt und nach Berlin geschickt. Dort hätte ebenfalls ein aus den verschiedenen bei den Wahlen betheiligten Parteien zusammengesetzter und entsprechend verstärkter Centralwahlausschuß die Zusammenstellungen für das gesammte Reich vorzunehmen und ferner die Vertheilung der Volksvertreter nach Maßgabe der auf jede Partei entfallenden Stimmenzahl zu bewerkstelligen.

Diese Manipulation hätte sich in folgender Weise zu vollziehen.

Die Zahl der Reichstagssitze in die Zahl der abgegebenen Stimmen dividirt, soll, wie oben angeführt, 15,000 Stimmen für einen Vertreter erfordern. Die Socialdemokratie habe deren in ganz Deutschland rund 503,000 erhalten, sie hat also auf 33 Sitze Anspruch, wobei 8000 Stimmen vorläufig übrig blieben.

Die Personen der Vertreter würden nun in der Art bestimmt, daß die von der officiellen Leitung der Partei in Uebereinstimmung mit der Partei eingereichte officielle Partei-Candidatenliste zur Hand genommen und jene 33 Personen als gewählt proclamirt würden, die zunächst auf der Liste stünden, alle übrigen fielen aus. Genau so würde es mit allen Parteien gemacht.

Zuletzt aber blieben von, wir wollen annehmen, zehn bei dem Kampfe betheiligten Parteien 60,000 Stimmen als Reststimmen übrig, die doch in Berechnung gezogen werden müßten, weil sonst die Zahl der 400 Vertreter nicht voll würde. Es wären also 4 Vertreter noch zu bestimmen. Diese würden jetzt auf die 4 Parteien vertheilt, welche die höchste Restzahl aufzuweisen hätten. Hätte z. B. die ultramontane Partei einen Rest von 12,000 Stimmen, die Fortschrittspartei von 10,000, eine Partei, die gar keinen Candidaten durchsetzen konnte, 9500 Stimmen, und die socialdemokratische einen Rest von 8000, so würden diese Parteien noch je einen Vertreter erhalten, während die anderen sechs Parteien, deren gesammte Reste sich nur noch auf $20^1/_2$ Tausend Stimmen beliefen, wegfielen. Auf diese Art wäre es also möglich, daß selbst eine Partei, die eine solche Minorität besäße, daß sie in ganz Deutschland nicht die nöthige Durchschnittszahl für einen Vertreter zusammenbrächte, noch zur Vertretung gelangte, wenn es ihr nur gelingt, so viel Stimmen zu erlangen, daß sie bei der Vertheilung unter die Reststimmenzahl in Concurrenz treten kann.

Man sieht, daß dieser Wahlmodus im Vergleich zum jetzigen, und ich glaube, auch zu sämmtlichen vorgeschlagenen, außerordentlich einfach und dabei so gerecht als möglich ist. Das Einzige, was verlangt würde, aber auch mit vollem Recht verlangt werden kann, wäre, daß jeder Wähler sich einer Partei anzuschließen hätte; es bliebe ihm aber dabei selbstverständlich unbenommen, wenn keine der bestehenden Parteien ihm behagt, mit Gleichgesinnten eine Partei zu bilden und zu versuchen, wieviel Stimmen sie im Reiche erlangten. Ferner müßte jede Partei sich eine Centralleitung schaffen, welche bei dem Central-Wahlausschuß in Berlin die vereinbarte Candidatenliste einzureichen hätte. Da thatsächlich jede Partei diese Centralleitung schon besitzt und jede neu zu gründende sich eine solche schaffen muß, so wäre damit nichts Ungebührliches verlangt. Dafür, daß die Centralleitung jeder Partei mit den Wünschen der Partei in Uebereinstimmung die Candidatenliste feststellt, wird jede Partei in geeigneter Weise sorgen.

Nehmen wir aber einmal als Beispiel an, die nationalliberale Partei in Sachsen habe durch die Art der Zusammenstellung ihrer Partei-Candidatenliste nicht diejenige Zahl von Vertretern aus Sachsen im Reichstag erlangt, die sie nach der abgegebenen Stimmenzahl und in Rücksicht

auf Vertretung specifischer Interessen verlangen konnte, so wird sie diese Berücksichtigung sich leicht erzwingen können, wenn sie erklärte, ein andermal für sich unter eigener Parteifirma wählen zu wollen. Auch schlösse das von uns vorgeschlagene Verfahren gar nicht aus, daß jeder Partei das Recht zusteht, die eingereichte Candidatenliste nach ihrem Belieben zu ändern, wenn sie auf Grund der Zusammenstellung der abgegebenen Stimmen die Entdeckung machte, daß manche Bezirke weit mehr Stimmen abgegeben, als man geglaubt oder erwartet, andere weniger, und deshalb eine Aenderung in den Personen wünschenswerth sei. Jede Partei erlangte also die souveräne Verfügung über die Besetzung der ihr zufallenden Sitze, was ein großer Vortheil für Alle wäre, denn man würde immer zunächst die Besten berücksichtigen, während es heute vorkommen kann, daß sehr tüchtige Leute durchfallen, während minder Tüchtige durchdringen. Beispiele sind überall vorhanden. Auch müßte die Einrichtung getroffen werden, daß wenn im Laufe einer Legislaturperiode ein Sitz einer Partei vacant würde, nicht eine Neuwahl eintrete, die nach dem oben geschilderten Modus ein Unsinn wäre, sondern daß alsdann entweder der auf der officiellen Candidatenliste, welcher der Ausgeschiedene angehört, Nächststehende den Platz einnimmt, oder daß die vorhandenen Vertreter oder die Centralleitung der Partei den Vertreter bestimmt. Welcher Weg eingeschlagen werden soll, darüber hätte die Gesammtheit jeder Partei ihr passende Grundsätze ein für allemal aufzustellen.

Was würden nun die Vortheile des von uns vorgeschlagenen Wahlmodus sein?

1) Indem jeder Wähler für eine Partei sich erklären muß, wählt er nicht nach Personen, sondern nach Grundsätzen, wodurch die politische Bildung bedeutend gefördert und der Personencultus vernichtet würde.
2) Jede Partei erhielte genau diejenige Vertreterzahl, auf welche sie nach Maßgabe ihrer Stimmen im Verhältniß zu der Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen Anspruch hat.
3) Selbst die kleinste Minorität, wenn sie nur so viel Stimmen im ganzen Reich insgesammt zusammenzubringen im Stande ist, als die Durchschnittsstimmenzahl auf einen Vertreter beträgt, erlangt ihre Vertretung; eventuell sogar dann, wenn sie eine genügende Minorität besitzt, um bei der Vertheilung der auf die Stimmenreste der verschiedenen Parteien entfallenden Vertreter concurriren zu können.
4) Der Wahlmodus ist einfacher wie der gegenwärtige, weil, abgesehen von den Abgrenzungen für bequeme Stimmenabgabe, es keine Wahlkreiseintheilung giebt und jede Partei agitiren kann, wie es ihr am bequemsten dünkt. Die Kosten des Wahlverfahrens aber sind für den Staat nicht theurer — denn die vorgeschlagenen Couverts sollten von Rechtswegen schon jetzt eingeführt sein, weil ohne sie von freier Stimmenabgabe nicht gesprochen werden kann —, für die Parteien würde das Wahlverfahren sogar bedeutend billiger. Es wären z. B. nur eine Art Stimmzettel und Flugblätter für das ganze Reich zu drucken, da nicht die Personen, sondern die Grundsätze in Betracht kommen.
5) Würde dieser Wahlmodus ein ausgebildetes Parteileben und eine durchgebildete Organisation bedingen, was für die Entwickelung unserer Zustände nur von Vortheil sein könnte und, wie schon unter Punct 1 bemerkt, politisch und social außerordentlich aufklärend wirken müßte. Die Vertreter würden alsdann Parteivertreter sein, und sie könnten nicht, wozu jetzt der § 29 der Reichsverfassung sie zwingen will, sich Volksvertreter in dem Sinne nennen, als verträten sie die Interessen aller Schichten des Volkes gleichmäßig, was bekanntlich bei keiner Partei und keinem Vertreter der Fall, also eine große Lüge ist.
6) Würde die mühsame, zeitraubende und viel Aergerniß bereitende, von Zeit zu Zeit durch Gesetz festzustellende Eintheilung in Wahlbezirke, die, wie Figura zeigt, binnen wenig Jahren zu den unhaltbarsten Zuständen führt, so daß wir jetzt bäuerliche Bezirke mit wenig über 80,000 Einwohnern und städtische Bezirke, wie den 6. Berliner, mit über 240,000 Einw. haben, wegfallen. An deren Stelle träte

einfach die Bestimmung, daß die von drei zu drei Jahren durch Volkszählung festgestellte Einwohnerzahl die Zahl der Volksvertreter bestimme, in der Art, daß je 100,000 Einwohner einen Vertreter haben.

Es könnte nun noch der Einwand erhoben werden, daß die Verwirklichung unseres Vorschlags insofern ein Nachtheil sei, als dann kein Bezirk einen bestimmten Vertreter habe und gar nicht wisse, an wen er sich halten solle, um eine Berichterstattung zu erlangen. Auch dieser Einwand ist hinfällig. Denn selbstverständlich liegt es im Interesse jeder Partei und der socialdemokratischen erst recht, durch häufige Berichterstattung sich mit den Wählern in Verbindung zu setzen. Die Abstimmungslisten bildeten eine genaue Partei-Topographie und nach dieser hätten nun die Vertreter sich in die Berichterstattung zu theilen. Der einzelne Bezirk würde den bestimmten einzelnen Vertreter verlieren, er hätte aber ein Recht an die Gesammtvertretung der Partei und könnte hier seine Ansprüche geltend machen, deren vernünftige Befriedigung im Interesse der Gesammtpartei liegt. Da ferner bei einem Wahlmodus, wie dem vorgeschlagenen, gerade unsere Vertretung bedeutend stärker würde, so würde auch eine bedeutend erweiterte Berichterstattung möglich sein. Kurz, die Verwirklichung unseres Vorschlags würde in Bezug auf die Wahlen die Verwirklichung des Wahlspruches des preußischen Königshauses sein: Suum cuique, Jedem das Seine. Wird aber ein Hohenzoller bereit sein, diesen Wahlspruch im vorliegenden Falle zu verwirklichen?? Und der Reichstag?? Wie wär's, wenn die Socialdemokratie gelegentlich die Probe mit einem bezüglichen Gesetzentwurf machte!

A. B.

Kritische Bemerkungen über die „Gerechtigkeit" als Grundprincip der Socialdemokratie.*)

Will die Socialdemokratie eine für alle Folgezeit lebensfähige Erscheinung sein und bleiben, will sie es nicht erleben, daß ihre jetzt allerdings in starkem Fortschritt begriffene Entwickelung einmal zum Stillstand komme und den Rückweg antrete, so muß sie sich allezeit bereit erhalten, scharfe Selbstkritik zu üben und diese Selbstkritik sogar auch auf die Formulirung ihrer Grundprincipien auszudehnen; denn es könnte gar wohl sein, daß sie sich darüber täuscht, wenn sie meint, denjenigen Grundtrieb, welcher ihre Praxis im Wesentlichen bestimmt, in der Theorie bereits zu begrifflich klarem Ausdruck gebracht zu haben. Es kann nicht ausbleiben, daß ein Fehlgriff in der Formulirung des Grundprincips zu einer Wurzel werden muß, aus welcher bedenkliche theoretische Differenzen innerhalb der Partei erwachsen; und noch weniger kann es ausbleiben, daß aus derselben in der Praxis der Partei Auswüchse hervorsprießen, welche nur dazu dienen, die Partei zu compromittiren und ihre Propaganda gerade unter dem einflußreichsten Theil des Volkes zu vernichten.

Es sei uns gestattet, einige Bedenken dagegen zu äußern, daß es wohlgethan sei, das System des Socialismus auf dem Princip der „Gerechtigkeit" aufzubauen.

*) Nachfolgenden Ausführungen eines Freundes unserer Sache haben wir die Aufnahme nicht versagen wollen, können uns aber in zahlreichen Puncten nicht mit denselben einverstanden erklären und haben unsere abweichenden Ansichten in Anmerkungen zum Ausdruck gebracht. Anm. d. Red.

Man kann nicht ein Princip zu einem praktischen Grundprincip machen, welches ohne metaphysischen Halt ist, ja, welches vielmehr in directem Widerspruch mit den metaphysischen Principien steht. Das Princip der wirthschaftlichen Gerechtigkeit ist ein reines Zukunfts-Princip, ein reines Ideal. Wie kommt nun aber diejenige Partei, welche in ihrer überwältigenden Masse alle „ideellen" metaphysischen Principien mit einem gewissen Fanatismus negirt — wie kommt eben sie dazu, als praktisches Princip ein solches aufzustellen, dessen rein „ideeller" Charakter außer allem Zweifel steht? *)

Die Socialdemokratie wird über den bisherigen Verlauf der menschheitlichen Entwickelung einstimmig das Urtheil fällen, daß das Princip der „Gerechtigkeit" in derselben nicht zur Erscheinung gekommen ist. Eben deshalb verwirft sie ja die bisherige menschliche Ordnung und stellt von sich aus die Forderung einer Neugestaltung. Aber auch außerhalb der menschlichen Entwickelung ist von „Gerechtigkeit" nichts wahrzunehmen. Die Welt des Seins — das ist das Resultat — zeigt keine Gerechtigkeit, die Metaphysik also, als die Wissenschaft vom Seienden, lehrt keine Gerechtigkeit. Auf welchem Grunde steht nun also das Princip der „Gerechtigkeit" als praktisches Princip? Es kann nur entgegnet werden: „Der Gerechtigkeitstrieb findet sich in der Menschenbrust, und dies genügt, um die „Gerechtigkeit" zu einem ausreichenden praktischen Princip zu machen." Allein dies genügt keineswegs. Der Gerechtigkeitstrieb findet sich — wie die „Zukunft" selbst klagt — nur bei einem Bruchtheil der Menschen, und auch hier nur in mehr oder weniger geschwächter Energie.*) Was wollen wir also vom Standpunct der Socialdemokratie antworten, wenn man uns entgegenhält: „Euer Gerechtigkeitstrieb, welchem die ganze Welt des Seienden mit ihrem Mangel an Gerechtigkeit, ja mit ihrem Gegentheil von Gerechtigkeit gegenübersteht, ist aus demselben Grunde eine singuläre Abnormität, aus welchem die überwältigende Mehrheit von euch den religiösen Trieb, insonderheit den christlichen Glaubenstrieb für eine Abnormität erklärt. **) Ihre Erfolge wird die Socialdemokratie schwerlich zum Beweise herbeirufen können; denn welche Erscheinung hat je eine mächtigere Propaganda entfaltet, als das Christenthum in den zwei Jahrtausenden seines Bestehens? ***)

Ich sehe nicht, wie der auf „Gerechtigkeit" gebaute wissenschaftliche Socialismus sich hier anders soll helfen können, als dadurch, daß er dazu fortschreitet, sein „praktisches" Princip zugleich zu einem „metaphysischen" zu machen, d. h. zu behaupten, daß es nur Schein sei, wenn

*) Daß der metaphysische Idealismus und der praktische nur den Namen zufällig gemein haben, sonst aber nichts, darauf wurde schon Heft 13 der „Zukunft" S. 395, Anm., hingewiesen. Man kann metaphysischer Idealist und praktischer Materialist sein und umgekehrt, aber auch mit einer metaphysischen oder materialistischen Weltanschauung eine ideale resp. materialistische Lebensrichtung verbinden.
Anm. d. Red.

*) Daß die meisten Menschen durch das Interesse veranlaßt werden, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten oder zu verändern, hat die „Zukunft" immer zugegeben. Anm. d. Red.

**) Darauf ist zu erwidern, daß ein Trieb, welcher nur dem Handeln eine Richtung giebt, niemals als falsch erwiesen werden kann, in dem Sinne, daß er den Menschen zu falschen Ansichten über das Bestehende veranlaßt; während ein Trieb, der zu Ansichten über die Existenz oder Nicht-Existenz von Dingen treibt, von den Thatsachen Lügen gestraft werden kann. Uebrigens läßt sich der Gerechtigkeitstrieb überall, bei allen Völkern, in verschiedenen Stadien der Verfeinerung nachweisen und auf seinen Ursprung in vormenschliche Zeit zurückführen, während ein „christlicher Glaubenstrieb" jedenfalls nicht Anspruch erheben kann, eine allgemein menschliche Eigenschaft zu sein. Anm. d. Red.

***) Der Buddhaismus und Islam haben auch eine außerordentliche Propaganda entfaltet. Anm. d. Red.

die Welt des Seienden das Princip der „Gerechtigkeit" nicht in sich enthalte: ein Schein, der lediglich dadurch entstehe, daß wir die Welt des Seienden nicht in ihrer Totalität überblicken, sondern unser Auge immer nur an einem winzigen Fragmentchen desselben haften lassen. Es würde dies offenbar zu der Consequenz einer hinter der sichtbaren Welt der Ungerechtigkeit liegenden unsichtbaren Welt der Gerechtigkeit führen. Wir unsererseits würden wahrlich eine solche Wendung in den Anschauungen der Socialdemokratie nicht beklagen, wie gering auch unsere Hoffnung ist, daß eine solche sich vollziehen werde. Jetzt ist die Metaphysik der Socialdemokratie eine materialistische, die Ethik und Politik dagegen eine idealistische; jetzt fordert die Socialdemokratie von dem Menschen Gerechtigkeit und lehrt ihn zugleich, daß das Weltganze ungerecht sei*); jetzt fordert die Socialdemokratie von der gegenwärtigen Generation, aus purem Gerechtigkeitstriebe das Glück kommender Generationen zu schaffen, für sich selbst aber mit Fanatismus darauf zu halten, daß sie auch ja von dem ungerechten Weltganzen, nachdem sie nichts als Ungerechtigkeit erfahren hat, zugleich mit der an ihr geübten Ungerechtigkeit selbst auf Nimmerwiedersehen in den Grund und Boden des ewigen Chaos hineingestampft werde. Wie soll Derjenige mit ganzer Energie dem Gerechtigkeitstriebe sich hingeben können, welcher sich selbst in aller Ewigkeit von der Gerechtigkeit ausgeschlossen sieht, d. h. welcher sieht, wie ohnmächtig die Gerechtigkeit, wie wenig gerecht sie ist? *)

Wird die Socialdemokratie im Stande sein, aus diesem Meer von Widerspruch, in dessen Wogen sie, ohne es zu sehen, gegenwärtig noch herumtreibt, sich herauszuarbeiten? Für ihre Propaganda würde es wahrlich kein Schade sein! Ist ihre Propaganda trotz dieses Mangels an Logik (?) in diesen Dingen schon eine so große, wie viel mächtiger wird sie werden, wenn der tödtliche Widerspruch ausgestoßen, wenn der Idealismus das, was er ist, erst ganz sein wird, Idealismus nämlich, befreit von dem Bandwurm des Materialismus, welcher in seinen Eingeweiden lungert. Ist die Propaganda schon eine große, obgleich man der Generation, deren Thatkraft man aufruft, sagt: „Du bist eine Generation des Todes"; wie viel mächtiger wird sie werden, wenn man ihr sagt: „Du bist eine Generation des Lebens, und auch Du wirst Theil haben an Allem, was Du schaffst; denn es giebt eine Welt ewiger Ideale für Denjenigen, welcher dem Ideale dient und ihm — wenn es sein muß — sich opfert!" Man täusche sich nicht! Das Gelingen kommt nur aus der Thatkraft, Thatkraft nur aus Begeisterung, Begeisterung aber nicht aus dem Materialismus. Der Idealismus ist es gewesen, welcher von jeher alles Durchschlagende in's Werk gesetzt hat. Die Lehre vom Stoff kann Niemanden in Gluth versetzen, und das Dasein verliert den guten Geruch für Denjenigen, welcher nichts als Leichenmoder in ihm

*) Um diese letztere Frage kümmert sich die Socialdemokratie als solche sehr wenig; sie sieht die Ungerechtigkeit auf der Erde und will diese beseitigen. Anm. d. Red.

*) Wir geben zu bedenken, daß die gegenwärtige Generation, ganz abgesehen von der Freude an den Erfolgen im Kampfe vor dem Sieg (Reichstagswahlen u. s. w.) noch manche, vielleicht durchschlagende Erfolge zu erleben hofft, ja einiges sicherlich bereits errungen hat. Ferner wird die lebende Generation, soweit die Interessen ihrer Kinder durch die sociale Umgestaltung berührt werden, schon aus elterlicher Liebe dafür oder dagegen eintreten müssen. — Endlich stellen wir die Gegenfrage, ob wohl Der mehr für eine gerechte Gesellschaftsordnung wirken wird, der nicht an eine jenseitige „Vergeltung des Guten und Bösen" glaubt — denn das hat der Herr Verfasser im Sinne —, oder Der, der überzeugt ist daß er den ihm zugemessenen Theil an den Gütern der Welt doch früher oder später, ohne darauf gerichtete Anstrengung, erhalten werde. Anm. d. Red.

sieht. Wie soll eine solche Lehre zu irgend etwas Anderem führen, als zu stumpfsinniger Gleichgültigkeit? Man täusche sich nicht! Auch bei Denjenigen, welche die Wortführer des Materialismus in der Partei sind, ist Das, was an Thatkraft an ihnen sich noch zeigt, nur unbewußter Rest eines ganz wider die „Gerechtigkeit" zum Incognito verurtheilten Idealismus.

Es könnte nun scheinen, als müsse uns, von unserem idealistischen Standpunct aus, das Princip der „Gerechtigkeit" außerordentlich genehm sein; als müßten wir darin einen Anknüpfungspunct für die Hoffnung finden, daß die Partei einmal sich von dem in ihr so mächtigen Materialismus gänzlich lossagen und die Bahn des Idealismus mit ganzer Entschiedenheit betreten werde.*) Dies würde auch gewiß der Fall sein, wenn nicht andere Bedenken entgegenständen, welche es dennoch zu verbieten scheinen, das Idealprincip der socialistischen Praxis gerade als das der „Gerechtigkeit" zu formuliren.

Der Begriff der „Gerechtigkeit" setzt, wenn er mit wissenschaftlicher Strenge gebraucht werden soll, den des „Rechts" voraus und heißt nichts Anderes, als „allgemeine und absolute Rechtsgewährung". Die wirthschaftliche Gerechtigkeit ist dann nichts als „allgemeine und absolute Gewährung und Realisirung des wirthschaftlichen Rechts". Was aber ist das „wirthschaftliche Recht"? Es ist offenbar, daß das sehr streitig ist, und insofern keinerlei bestimmte Beantwortung dieser Frage in dem Worte „Gerechtigkeit" liegt, insofern ist dies Wort durchaus nicht geeignet, mit wissenschaftlicher Bestimmtheit irgend ein wirthschaftliches Princip zum Ausdruck zu bringen. In dem Aufsatz „Der Socialismus und die Wissenschaft" in Nr. 1 der „Zukunft", welcher als einleitender Aufsatz für die ganze Zeitschrift eine besondere Bedeutung in Anspruch nimmt, wird der Begriff einer „gerechten Vertheilung der Güter" definirt als „gleiche Vertheilung des menschlichen Glücks". Es ist also offenbar, daß hiernach „Gerechtigkeit" und „Gleichheit", „Güter" und „Glück" als identisch gesetzt werden. (? Red.) Ist dies der Fall, warum läßt man denn nicht lieber den Begriff der „Gerechtigkeit" fallen und bleibt einfach bei dem viel bestimmteren Begriff der „Gleichheit" stehen? Meines Erachtens geschieht dies deshalb, weil man einerseits fühlt, daß absolute „Gleichheit" nicht gerecht wäre und also dem dunkel vorschwebenden Ideale nicht völlig entspricht, andererseits aber noch nicht im Stande ist, den Ausdruck „Gleichheit" durch einen ebenso bestimmten, zugleich aber dem vorschwebenden Ideale näher kommenden zu ersetzen. Es ist bekanntlich sehr ungerecht, Personen von ganz verschiedener Gemüthsart und geistiger Entwickelung auf ganz gleiche Weise zu behandeln; ebenso ungerecht ist in wirthschaftlicher Hinsicht völlige wirthschaftliche Gleichheit Aller, da bekanntlich nicht Alle — was, wenn es der Fall wäre, ein geradezu gräßlicher Zustand sein würde — in allen nichtwirthschaftlichen Dingen identische Größen sind. Eine solche unterschiedslose Gleichheit kann die Socialdemokratie, wenn sie sich recht besinnt, im Ernst gar nicht wollen. Sie wäre ein rein theoretisches Abstractum, und man könnte sich keinerlei aus der praktischen Natur des Menschen kommende Antriebe denken, welche ein solches Ziel begehrungswürdig erscheinen lassen könnten. Wir sind überzeugt, daß der Socialdemokratie in Wahrheit etwas Anderes vorschwebt, und daß das Ideal absoluter Gleichheit sich nur als polarischer Gegensatz zu der herrschenden absoluten Ungleichheit eingedrängt hat. Was vernünftigerweise allein das Ideal

*) Hier wird wieder der theoretische Materialismus in den unzulässigen Gegensatz zum praktischen Idealismus gesetzt.
Anm. d. Red.

der Socialdemokratie sein kann, weil es das Einzige ist, was dazu führen kann, ein allgemeines Glück zu begründen, das sei mir gestattet, mit einigen Worten zu erörtern.

Jeder Mensch ist von Natur mit einer ganz bestimmten Individualität, mit ganz bestimmten Kräften und Trieben ausgestattet. Das Glück besteht darin, daß jedes Individuum diese seine besondere Natur mit ihren Kräften und Trieben zu vollster, unverkümmerter Entwickelung bringe, seine Triebe befriedige, seine Kräfte auf die ihnen angemessene Weise bethätige. Nur so kann das Individuum zur Freude am Dasein, mithin zum Glück gelangen. Eine solche ungehemmte Entwickelung des Individuums ist aber nur möglich, wenn die verschiedenen Individuen mit ihren Trieben und Kräften von Natur aus nicht in einem praktischen Widerspruch zu einander stehen, sondern vielmehr so zu sagen aufeinander angelegt sind, wenn sie darauf angelegt sind, miteinander einen Organismus von Individuen, Kräften und Trieben zu bilden, einen Organismus, in welchem das eine Individuum das andere nicht zerstört, sondern vielmehr ergänzt, stützt und fördert. Wir nehmen eine solche Beschaffenheit der individuellen Naturen an und gelangen auf diese Weise zu der Idee des Staates, als derjenigen organischen Gemeinschaft, in welcher die Gesammtheit zur Lebensförderung jedes einzelnen Individuums und die Lebensentwickelung jedes einzelnen Individuums zur Förderung der Gesammtheit, d. h. aller übrigen Individuen, ausschlägt. Es liegt offenbar im Interesse jedes Individuums, ein solches Staatswesen — falls es dasselbe nicht vorfindet — geschaffen zu sehen, weil es nur so diejenigen Bedingungen finden kann, welche zur vollen Entfaltung seiner Individualität unentbehrlich sind, und ohne welche es nothwendig der Verkümmerung, der Erkrankung, der Zerstörung verfällt. Andererseits liegt es im Interesse eines solchen Staatswesens, einem jeden ihm angehörigen Individuum diejenigen individuellen Bedingungen zu schaffen, welche zur vollen Entfaltung seiner besonderen Natur und seiner besonderen Triebe und Kräfte nothwendig sind; denn was ein jedes Individuum aus sich macht, das macht es aus sich nicht nur für sich, sondern für Alle, und die Befriedigung, mit welcher jedes Individuum erfüllt wird, ist nicht nur seine eigene Befriedigung, sondern wird zugleich Befriedigung für Alle, so daß die Befriedigung des Einzelnen zu einem starken Gefühl des Wohlseins sich vereinigt, welches den gesammten Organismus durchströmen wird. Es liegt nun auf der Hand, daß der Staat desto mehr Mittel wird aufwenden müssen, je tiefer, je reicher, je mächtiger eine individuelle Natur, um deren Existenz und Entwickelung es sich handelt, ist. Hier Alle mit gleichem Maßstabe messen zu wollen, wäre die ungerechteste Gerechtigkeit, die ungleichste Gleichheit, die unvernünftigste Grausamkeit, die sich denken ließe.*) Ein ganz Unbegabter — und dies wird immer die Mehrzahl sein, weil die Bedürfnisse des Organismus es so erfordern — ein ganz Unbegabter wird mit geringen Mitteln zu seinem Glück zu bringen und in demselben zu erhalten sein; ein Hochbegabter wird zu seiner Entwickelung nöthig haben, daß ihm eine kostspieligere Freiheit gewährt werde, und daß er Vieles auf sich einwirken lasse, was nur mit einem gewissen Aufwande beschafft werden kann.

Es wird sich eine ausgedehnte Scala von concreten Bedürfnissen herausstellen, auf deren einzelne Stufen die gebührende Rücksicht genommen werden muß. Von einer gleichen Vertheilung kann hier nicht die Rede sein, weil das Glück etwas

*) Also will der Herr Verfasser doch auch aus Gründen der Gerechtigkeit die möglichst gleiche Vertheilung des Glückes.
Anm. d. Red.

Individuelles ist; der Eine würde dabei für sein Glück zu viel bekommen — und auch das ist glückstörend —, der Andere zu wenig. Darauf scheint es uns vor Allem anzukommen, daß ein Jeder von den der Gemeinschaft zu Gebote stehenden Bedürfnißmitteln genau diejenige „Portion" bekomme, welche zu der Gesammtheit der Bedürfniß*mittel* in demselben Verhältniß steht, wie die Summe seiner individuellen Bedürfnisse zu der Gesammtsumme der in dem ganzen Gemeinwesen vorhandenen Bedürfnisse. *) Nicht also eine gleiche, sondern vielmehr eine proportionirte Vertheilung der Güter ist zu erstreben. **) Wir bezeichnen dies Princip im Gegensatz zu dem der wirthschaftlichen „Gerechtigkeit" (im Sinne von Gleichheit) als das Princip des wirthschaftlichen „*Proportionalismus*" und empfehlen dasselbe allen socialistischen Denkern zu eingehender Prüfung.

Um uns vor Mißverständniß zu schützen, bemerken wir ausdrücklich, daß, wie groß auch die Scala der proportionirten Gütervertheilung sein mag, die niedrigste Stufe derselben sich immer doch auf einer Höhe halten wird, welche eine Befriedigung der ganz allgemein menschlichen Bedürfnisse in sich schließt, Sorge, Noth und Elend also fernhält, und daß dagegen die höchste Stufe derselben sich immer innerhalb solcher Grenzen zu halten haben wird, daß ein raffinirtes Luxuriren, wie das unserer Nabobs, sich von selbst verbietet. Auch ist es nicht überflüssig, zu bemerken, daß das Gemeinwesen nur solchen Individuen die Bedingungen ihrer Existenz gewähren wird, welche nicht nur aus Bedürfniß, sondern auch aus Kraft und Thätigkeit bestehen, und daß dasselbe das Maß des Bedürfnisses eines Individuums nach dem Maße seines Könnens und Leistens berechnen wird.

Daß dieses Princip des „Proportionalismus" den Vorzug hat, daß durch dasselbe der Vorwurf, es werde dem Einzelnen im socialistischen Zukunftsstaat der Antrieb zur Anstrengung seiner Kräfte fehlen, zum Schweigen gebracht werden wird, das wird man gewiß zugestehen; dagegen wird man hier wieder mit der beliebten Behauptung zu Felde ziehen, daß die Durchführung desselben unmöglich sei. Wir fühlen uns daher verpflichtet, eine Andeutung darüber zu geben, wie wir uns die Durchführung denken.

Zunächst ist klar, daß das bestehende Staatswesen eine solche proportionirte Gütervertheilung *nicht* gewährt; es ist aber auch weiter klar, daß die Socialdemokratie Recht hat, einen Staat zu fordern, welcher den gesammten Grund und Boden, alle Productionsmittel und den gesammten Betrieb in seine Hand bringt und sich zum Regulator der gesammten Vertheilung der Bedürfnißmittel macht; denn nur durch eine einheitliche Organisation, welche mit der ganzen Fülle der Mittel ausgestattet ist, kann der unorganischen, dem Princip des Proportionalismus widersprechenden Vertheilung der Güter gewehrt werden. Denken wir uns aber einmal ein Staatswesen, wie es soeben gefordert worden, so erledigt sich die Frage nach der Möglichkeit der Durchführung des Proportionalismus ganz von selbst. Alle einzelnen Angehörigen dieses Staatswesens werden zu demselben eben in einem Verhältniß stehen, welches demjenigen des jetzigen Beamtenthums analog ist. Jedem wird sich in einer seiner Individualität angemessenen Branche eine Carrière eröffnen, in welchem er nach dem Maße seiner Kraft und seiner Anstrengung eine mehr oder weniger hohe Stufe in der vorhin genannten Scala erringen wird. Das ist das ganze Geheimniß.

*) Diese Definition entspricht sogar ungefähr dem viel angefochtenen Satze des Parteiprogramms: Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen. Anm. d. Red.

**) Widerspricht nicht den Ausführungen in dem vom Herrn Verfasser angezogenen einleitenden Artikel im Heft 1 der „Zukunft". Anm. d. Red.

Wir fürchten nicht, mit dieser Auseinandersetzung aus dem Umkreise herauszutreten, den die „Zukunft" als wissenschaftliches Organ zum Zweck der Controverse um die Partei herumgezogen hat; wir hoffen vielmehr, daß die Partei vorurtheilslos genug ist, um einer von nahestehendem Standpunct aus geübten Kritik zugänglich zu sein, und daß man es für der Mühe werth halten wird, die hier in Frage gestellten Puncte einer weiteren unbefangenen Prüfung zu unterwerfen.

K.

Ueber die Betheiligung des Staates an neuen Entdeckungen und Erfindungen.

Die Betheiligung des Staates am Erfinden und Entdecken ist bis heute eine passive, sie besteht in der Gewährung von Patenten zum Schutze von Erfindungen und in der Prüfung derselben von Seiten des Patentamtes.

Dem Privatmanne bleibt es überlassen, zu forschen und zu experimentiren und so den Weg zum Erfinden von Besserem und Nützlicherem zu betreten. Im Allgemeinen spielt daher bei den bis heute gemachten Erfindungen der Zufall eine größere Rolle, als die bewußte Verstandesthätigkeit, denn nur wenigen Privatleuten gestatten es ihre Mittel an Zeit und Geld, umfangreichere Experimente, selbst bei der klaren Erkenntniß des vorgesteckten Zieles, vorzunehmen.

Mit der Einsicht in die Naturgesetze sollen aber im Vernunftstaate auch diejenigen staatlichen Einrichtungen wachsen, welche die Umsetzung der Theorie in die Praxis sich als bewußtes Ziel vorsetzen.

Je mehr das theoretische Ideal eines Staates erreicht werden wird, je weniger bleibt dem Zufalle überlassen, in die Entwickelung der Culturgeschichte einzugreifen. Die klare Einsicht in den Proceß der Naturvorgänge stellt uns die vollkommenste Verwerthung ihrer Arbeitsleistungen zum Nutzen der Menschheit in Aussicht, denn sobald diese Erkenntniß Allgemeingut geworden sein wird, muß sie auch diejenigen staatlichen resp. praktischen Einrichtungen schaffen, die zur Umsetzung der Theorie in die Praxis erforderlich sind.

Daß es nun in der That möglich ist, als bewußtes Ziel bestimmte Erfindungen herbeizuführen, wollen wir im Nachfolgenden versuchen, an einem Beispiel darzulegen.

Der Aequivalentsatz von Wärme und Arbeit ist bekannt, in der Dampfmaschine hat er seine praktische Bethätigung erfahren; desgleichen können wir ein Causalverhältniß der mechanischen Arbeit mit den Erscheinungen der Elektricität und des Magnetismus nicht in Abrede stellen, auch die Erscheinungen des Lichtes und Schalles bleiben nicht ausgeschlossen. Wenn es auch selbst hier noch nicht gelungen ist, das Aequivalent überall in Zahlen festzustellen, so steht doch der Causalzusammenhang im Principe längst fest. In der Telegraphie ist der Aequivalentsatz von Elektricität uud mechanischer Arbeit ausgesprochen, denn hier bewegt die Elektricität den zum Schreiben erforderlichen Mechanismus, sie leistet eine reale mechanische Arbeit. Umgekehrt wird wiederum in der Elektrisirmaschine durch eine mechanische Arbeitsleistung Elektricität erzeugt, die wiederum als Quelle neuer mechanischer Arbeitsleistungen oder zu Beleuchtungszwecken benutzt werden kann. Wenn nun alle diese Umsetzungen im Principe feststehen, sollte es da nicht möglich sein, daß man dieses Princip im Großen anwende?

Denken wir nur an die ungeheuren Arbeitsleistungen der von den Bergen sich in's Meer ergießenden Flüsse, welch' eine Naturverschwendung! Sollte der Mensch nicht im Stande sein, sich dieselben nutzbar zu machen? Wir denken, „ja"!

Benutze man diese Arbeitsleistungen als ursprünglich motorische Kräfte, den elektrischen Draht aber als Transmission derselben an diejenigen Orte und Stätten, wo man einer mechanischen Arbeitsleistung wiederum bedürftig ist. Ob es nun zweckmäßig sein wird, hier wiederum durch Anwendung von Elektromagneten direct die Elektricität in mechanische Arbeit umzusetzen oder aber erst dieses durch vorherige Erzeugung des elektrischen Lichtes, welches wiederum als Wärmequelle zur Dampferzeugung benutzt werden könnte, zu bewerkstelligen, solches kann nicht a priori entschieden werden, vielmehr ist die Entscheidung dem Experimente zu überlassen.

Wir können uns so eine Zeit denken, wo die Natur alle erforderlichen Arbeiten leistet, an Centralstellen wird die bewegende Kraft des Wassers in Elektricität und diese in Städten und Fabriken 2c. zu allen weiteren Zwecken, je nach Bedürfniß, in mechanische Arbeit zur Bewegung von Maschinen 2c., oder in Wärme zu Heizungszwecken, oder in Licht zu Beleuchtungszwecken 2c. wiederum umgesetzt. Die Grenze der Anwendung ist eine unabsehbare.

Die einzige Schwierigkeit wird darin bestehen, die Elektricität in genügenden Quantitäten fortzuleiten und einen gegen Schmelzen 2c. hinlänglich widerstandsfähigen Draht zu construiren.

Doch Versuche im Großen sind hierüber noch nicht angestellt worden und alles weitere Philosophiren über diesen Gegenstand ist nutzlos.

Das Princip ist theoretisch ein richtiges, Aufgabe des Experimentes wird es sein, dasselbe in die Praxis umzusetzen.

Doch wer kann Experimente in solchem Umfange, wie es hier erforderlich erscheint, ausführen, „kein Privatmann", einzig dem Staate allein muß dieses überlassen bleiben, denn nur diesem stehen die Mittel in genügender Weise zu Gebote.

Wir kommen somit wiederum zu dem Satze, daß es in einem nach allen Gesetzen der Vernunft construirten Staate erforderlich ist, sich durch Einrichtungen und Centralanstalten für Handel und Gewerbe 2c. activ an dem bewußten Entdecken und Erfinden zu betheiligen.

F—n.

Recensionen.

Friedrich von Baerenbach. Das Problem einer Naturgeschichte des Weibes. (Jena, Fischer [vormals Dufft], 1877. 126 S.)

Die durch Darwin begründete wissenschaftliche Entwickelungsgeschichte hat auf eine ganze Reihe von Gebieten befruchtend und aufklärend eingewirkt. Sogar die Frauenfrage kann von den anthropologischen Untersuchungen des genialen Naturforschers und seiner Schüler nicht unberührt bleiben. Während man früher über die Natur des Weibes und die physischen und psychischen Unterschiede, die zwischen ihm und dem Manne bestehen, ziemlich im Unklaren war und für doctrinäre Tendenzlehren ein weiter Spielraum bestand, ist es heutzutage, auf Grund jener Untersuchungen, möglich, ziemlich bestimmte Urtheile über diese Fragen abzugeben, und es ist damit zugleich eine viel sicherere Basis für alle praktischen Bestrebungen in der Frauenfrage gewonnen.

Herr von Baerenbach hat sich in der vorliegenden Schrift bemüht, eine historische und kritische Darstellung des Problems der Naturgeschichte des Weibes zugeben und hie und da seine eigenen Ansichten angeschlossen. Er beginnt mit einer Darlegung und Vergleichung der Standpuncte Schopenhauer's und Michelet's, die, wie man weiß, in vielen Beziehungen antagonistisch sind. Doch findet er auch eine Anzahl Aehnlichkeiten: „Beide erklären, allerdings Schopenhauer mit größerem Muth und ger-

manischer Derbheit, die Dame für die Schuld an dem Elend und den Leiden der Weiber des Occidents im Ganzen. Beide erkennen als Beruf des Weibes das Leiden an. Beide sprechen ihm die höchsten Affecte, das höchste Wissen und geniale Befähigung, ganz besonders das Genie in seiner überwältigenden Größe ab; beide zeigen, daß zwischen Weibern von Natur Feindschaft ist, und nennen die Liebe, die Hingebung an den Mann, die Propagation des Geschlechtes, aber auch Menschenliebe, Mitleid und Trost den Beruf des Weibes. Beide erklären der Dame, dieser unbewußten Schöpferin des Elends und der Schmach unzähliger Weiber, den Krieg, und suchen ein Regulativ für das weibliche Gattungsleben, einen Ausgleich dieser Mißverhältnisse. Dieser Ausgleich ist für Michelet eine ideale Liebe, ein Idealweib, eine ideale Ehe, — für Schopenhauer aber: Erbunfähigkeit, Ranglosigkeit, Häuslichkeit, Unterwürfigkeit des Weibes und — Polygamie."

Im weiteren Verlaufe geht unser Autor auf die schon erwähnten, sehr instructiven Aeußerungen Darwin's und seiner Schule ein. Aus den citirten Stellen zieht er die Consequenz, „daß das zu jeder tieferen Denkoperation unentbehrliche Vermögen der Abstraction, sowie des exacten und kritischen Selbstdenkens und Forschens den Frauen im Ganzen versagt ist, daß sie ihre intellectuelle Entwickelung selbst auf den höchsten der bisher erklommenen Stufen zur Erlangung und Uebung der bezeichneten Seelenthätigkeit nicht befähigt." . . .

Im Anschluß besonders an Huxley's bemerkenswerthe Ausführungen wird sodann die Frauenfrage einer — allerdings nur sehr kurzen und bei weitem nicht erschöpfenden — Auseinandersetzung gewürdigt. „Ich wage es (heißt es hier S. 92), ganz apodiktisch zu behaupten" — und Referent hält diese Behauptung für durchaus nicht zu weit gehend — „daß nach allen Belegen, die uns die Empirie im Ganzen und die tägliche Erfahrung an die Hand giebt, dem weiblichen Intellect die Befähigung zur abstracten Speculation, zum philosophischen Gedankenproceß wie zur bewußten Unterwerfung unter die Gesetze der Logik wie unter formale Grundsätze und Gesetze des Handelns fehlt. Dies hat auch, wie ich glaube, Huxley niemals bezweifelt, ich meine vielmehr, daß er nur bis zu einer gewissen Grenze die Wirksamkeit erzieherischer Zuchtwahl feststellen und damit die Zukunft der Frauen von diesen erzieherischen Einflüssen abhängig machen wollte. Daß durch die Wirksamkeit dieser erzieherischen Zuchtwahl, die vielleicht bisher schon, aber gewiß nur höchst selten, in vielen Millionen von Fällen in einer oder der anderen Hinsicht stattgefunden hat, Großartiges erzielt und der weibliche Intellect weit über sein bisheriges Mittel und Ebenmaß wird erhoben werden können, bezweifle ich nicht im Geringsten, ich gehe vielmehr in den Hoffnungen, die auf diesen Proceß gesetzt werden dürfen, wahrscheinlich noch weiter, als Huxley selbst; dennoch erscheint es mir im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß die Wirkungen derselben jemals in noch so ferner, absehbarer Zeit, es wäre denn in Jahrtausenden, wenn nach unserer Beurtheilung übermenschlich scheinende Anstrengungen des Menschengeistes der Entwickelungsgeschichte der Menschheit eine für uns fast unfaßbare Richtung gegeben haben, so weit gehen könnten, den weiblichen Intellect zu einer ersprießlichen und vernunftmäßigen Beschäftigung auf dem Gebiete der philosophischen Forschung und Kritik, zu Leistungen auf dem Felde der exacten Forschung und philosophischen Doctrin zu befähigen." . . . .

Wir haben diese Stelle hier gern ausführlich mitgetheilt, um etwas den tendenziösen Bestrebungen entgegenzuwirken, welche, um die Gleichberechtigung der Frau im politischen oder socialen Leben zu beweisen, jeden geistigen Unterschied zwischen den Geschlechtern bestreiten möchten. Was übrigens die Berufsarten betrifft, welche die Frauen mit Nutzen werden ergreifen können, so glaubt v. Baerenbach, daß sie auf den Gebieten des elementaren und höheren Unterrichts, auf dem Felde der praktischen Medicin und der Jurisprudenz, sowie auch im administrativen Dienst Ersprießliches werden leisten können.

Alle diese Fragen bedürfen, wie die ganze bisher sehr vernachlässigte Frauenfrage, noch der Auseinandersetzung; die vorliegende Schrift hat sicherlich das Verdienst, eine Anregung zu eingehenderen Untersuchungen gegeben zu haben. H.

Arnold Lindwurm. Das Eigenthumsrecht und die Menschheits-Idee im Staate. Eine Kritik und Lösung der socialen Frage. (Leipzig, O. Wigand, 1878. 531 S.)

„Das vorliegende Werk", sagt der Verfasser in der Vorrede zu demselben, „stellt sich die Aufgabe, das in der socialdemokratischen Bewegung wissenschaftlich zu Rechtfertigende nachzuweisen. Es ist dasselbe jedoch nicht etwa der Ausdruck einer Schwenkung, die ich in meinen Ansichten nach socialdemokratischer Seite hin gemacht habe. *) . . . . . Das, was mich bislang von den Socialdemokraten schied, die Forderung der Gewährleistung unbeschränkter geistiger Selbstständigkeit, wird mich so lange von ihnen trennen, als diese Forderung von der Socialdemokratie nicht gewährleistet wird. Heute geschieht dies nicht. Das von den Socialdemokraten geforderte Gesammteigenthum des mobilen Kapitals und die auf diesen Staats-Genossenschaftsbesitz basirte „Organisation der Arbeit" bedingt ohne allen Fehl die Organisation der reichsten aller Arbeitsquellen, der geistigen Thätigkeit, und aus deren Organisation folgt unausbleiblich des Weiteren die geistige Vormundschaft und mit dieser die geistige Starrheit, der wissenschaftliche Tod."

„Bis heute sind die Socialdemokraten die Antwort auf den Einwand schuldig geblieben: wer bestimmt, nach der Durchführung der „Organisation der Arbeit", zum Zwecke der Beseitigung der gegenwärtigen „planlosen Production", das, **was geschrieben und gedruckt werden soll?** oder wer kann nur darüber entscheiden, **was erfunden** werden, resp. was als **nützliche Erfindung gelten soll?** Hier sitzt die Achillesferse des Gedankens der „Organisation der Arbeit", und so lange als die Socialdemokraten nicht anzugeben wissen, wie die Gewährleistung der durch ihren Plan bedrohten geistigen Freiheit geschehen kann, werde ich Gegner derselben bleiben müssen."

*) Der Verfasser war, wie vielen unserer Leser bekannt sein wird, früher als antisocialistischer Agitator angestellt, wurde aber, seines atheistischen Standpunctes wegen, s. Z. entlassen. Jetzt ist derselbe in der Redaction der fortschrittlichen Hamburger „Reform".

Die Gegner der Socialdemokratie — — die wir freilich nicht allesammt in einen Topf werfen dürfen — haben zum großen Theil die Gewohnheit, sich aus den Andeutungen und Stichworten der socialdemokratischen Literatur den allerschlechtesten socialistischen Staat zu construiren, den sie sich ausmalen können. Mit Vorliebe schildern sie denselben als einen Zuchthaus- oder Polizeistaat oder, wie Bamberger kürzlich, da er etwas Neues und Geistreiches sagen wollte, als eine große Schule. Nach diesen Zeichnungen darf man natürlich das Aussehen des Zukunftsstaates so wenig beurtheilen, als etwa die Gesichter der Staatsmänner nach den Caricaturen der Witzblätter. Es giebt Gegner, welche jene Bilder auch wirklich, gegen besseres Wissen, nur in der Absicht entwerfen, die Bestrebungen der Socialdemokraten lächerlich zu machen; andere aber, die aufrichtig die pessimistischen Anschauungen theilen. Wir hoffen, zu diesen letzteren Herrn Lindwurm und ziemlich zahlreiche Gesinnungsgenossen desselben rechnen zu dürfen. *) Unsere Aufgabe muß es aber sein, die Befürchtungen dieser Leute zu zerstreuen, zu zeigen, daß sie dem Socialismus Dinge und Einrichtungen imputiren, die seinem Wesen gar nicht entsprechen.

Die von Lindwurm gegen den Socialismus erhobene Anklage, die ja nicht neu ist, „die freie Geistesthätigkeit werde im Zukunftsstaate beschränkt", erforderte, wenn aus ihr eine Verurtheilung des Socialismus erfolgen sollte, die Bejahung folgender Fragen: 1) wird die freie Geistesthätigkeit in der socialistischen Gesellschaft beeinträchtigt? 2) wenn dies der Fall sein sollte, ist der eventuelle Nachtheil so groß, daß dadurch die übrigen Vortheile, welche die socialistische Staatsidee vor jeder anderen voraus hat, aufgehoben und überboten werden? — Eine exacte Untersuchung der letzteren Frage dürfte allerdings großen Schwierigkeiten begegnen; indessen werden wir gar nicht in die Lage kommen, eine solche anstellen zu müssen. — Es wird die freie Geistesthätigkeit im Zukunftsstaate entschieden nicht eingeschränkt zu werden brauchen: man darf sich nur keine zu engherzige und schablonenhafte Vorstellung von demselben bilden. Die Gegner denken sich die Bücher- und Zeitungserzeugung etwa so, als ob die

*) Z. B. den wohlwollenden Recensenten des Lindwurm'schen Buches in der „Frankf. Ztg."

Staatsbehörden gewissen Leuten Auftrag geben würden, Das und Das zu schreiben, und die Drucklegung anberaumten, aus eigener Initiative entstandene Schriften aber nicht drucken ließen, oder doch erst, nachdem dieselben eine Censur passirt hätten. Nun wollen wir ganz dahingestellt sein lassen, ob nicht solche socialistische Behörden immer noch ein freisinnigeres Urtheil fällen würden, als etwa die Leute, welche heutzutage über die Herausgabe der Bücher und Zeitungen meistens zu bestimmen haben (Buchhändler, Actiengesellschaften, Kapitalisten u. s. w.), sondern gerne zugeben, daß ein derartiges Censursystem die größten Gefahren in sich birgt, — aber solche Einrichtungen sind ja auch durchaus unnöthig. Einmal läßt sich denken, daß die Einzelcommunen in Besitz einer Anzahl Druckereien treten, wenigstens das Bestimmungsrecht über das zum Druck zu Befördernde haben, und damit wäre die Gefahr der Abweisung von wirklich guten Schriften schon bedeutend verringert, — dann aber ließe sich ja leicht gesetzlich feststellen, daß jede Zeitung oder jedes Buch zum Druck angenommen werden muß, sobald eine Anzahl Leute sich gefunden hat, welche bereit sind, das Risico des Unternehmens zu tragen. Auf diese Weise kann jede politische Richtung und jede wissenschaftliche, sobald sie nur einigermaßen Anklang finden oder Werth haben, ihre Organe und Bücher erhalten. — Diese Bemerkungen sind natürlich ganz aphoristisch und schließen eine Discussion über die einzelnen Puncte — für die jedoch der brennende Zeitpunct noch in weiter Ferne liegt — nicht aus*); sie sollen nur zeigen, daß sich sehr wohl Einrichtungen denken lassen, welche auch, wenn der Besitz an Arbeitsinstrumenten ein gemeinsamer ist, die Freiheit der Presse gewährleisten. Nur darf dieses Wort nicht dahin ausgelegt werden, daß aller Schund, den die socialistischen Staatsbürger produciren, gedruckt werden muß. Es wäre im Gegentheil sehr wünschenswerth, daß die ungeheuere literarische Production, wie sie sich heutzutage, hauptsächlich durch die Concurrenz der Buchhändler, entwickelt hat — aber viel mehr in die Breite als in die Tiefe —**), eingedämmt werde und einer minder verschwenderischen, aber guten Auswahl von Druckwerken Platz mache. — Wenn die Freiheit der Presse (in dem Sinne, daß kein politischer, wissenschaftlicher, technischer ꝛc., einigermaßen des Papiers und des Drucks würdiger Gedanke untergeht) gewahrt ist, so ist damit für die Freiheit der individuellen Geistesthätigkeit schon vollkommen gesorgt und jedenfalls viel vollkommener als heutzutage, wo es so ziemlich dem Zufall überlassen bleibt, was gedruckt werden und was als nützliche Erfindung gelten soll. (Es zeigt das die Geschichte vieler Entdeckungen, die vergessen wurden, weil sich Niemand ihrer annahm, und die später neu gemacht werden mußten.)

Lindwurm glaubt weiter, daß das Bewirthschaftungs-, das Productions-Interesse „die freie Individualität der Urheberschaft erforderlich macht und mithin der Landwirth ungehinderte Selbstbestimmung hinsichtlich seines Bewirthschaftungssystems bis in alle Einzelheiten hinein haben muß"; da er aber andererseits anerkennen muß, daß aus der ausschließlichen Rücksichtnahme auf die bloße Summe der Productionsthätigkeit sociale Zustände herbeigeführt sind, „welche in unverantwortlicher Weise das allgemeine Wohl auf Schrauben stellen", und daß auf die eine oder die andere Weise eine Abhülfe angebahnt werden muß, so verfällt er auf den auch schon von Samter in ähnlicher Weise vorgeschlagenen Mittelweg, den Grundbesitz vom Grundeigenthum zu trennen. Jenen will er „der freien Individualität der Urheberschaft in der privaten Wirthschaftsbethätigung" überlassen, „dieses dahingegen der im Staate dargestellten Gesammt-Volks-Individualität" überweisen, „so daß fernerhin alles eigentliche Grundeigenthum, Aecker, Waldboden, Wiesengrund und Bauplätze ꝛc.,

*) Das Thema wird in der „Zukunft" demnächst eine ausführliche Besprechung erfahren. Die Red.

**) In der Nr. 100 des „Börsenbl. für den deutschen Buchhandel ꝛc." vom 1. Mai dieses Jahres heißt es: „Wie im Sortiment, so ist leider auch schon seit mehreren Jahren im Verlagsbuchhandel eine viel zu große Concurrenz entstanden; es wird viel zu viel gedruckt, Berge von Maculatur entstehen alljährlich, und viele Bücher werden sehr bald nach ihrer Geburt schon wieder verschleudert. . . . Scribler giebt es ja genug, die auf Bestellung oder auch ohne solche Bücher machen, und los werden sie ihr Geschreibsel ja auch jetzt leicht, denn die vielen Verleger wollen doch drucken lassen, und man glaubt, durch das Verlegen auf leichte Weise und schnell reich zu werden. . . ." Anm. d. Recens.

Staatseigenthum sein und folglich auch aller Grundrentenbezug der Gesammtheit und nicht mehr den jeweiligen Besitzern zufließen, und dadurch alle berechtigte Klage über unser heutiges Wirthschaftssystem beseitigt würde. Es erführe durch die Reform nicht nur die so äußerst gerechtfertigte Klage des Proletariats, gleichsam nach vorgenommener Vertheilung der Welt in diese eingelassen worden zu sein, ihre Erledigung, indem das Gesammteigenthum begründet würde, welches das Ziel der Socialdemokratie ausmacht; es würde nicht nur mit einem Schlage die ganze Immobilial-Creditnoth der Landwirthschaft beseitigt, weil alles bisherige unbeschränkte Privateigenthum in einen quasi superficiarischen Besitz umgewandelt würde, sondern es erführen zugleich alle die Schwierigkeiten, welche hinsichtlich der Gewährung gleicher politischer Rechte durch die Grundeigenthumsverschiedenheiten herbeigeführt würden, ihre gründliche Beseitigung." (S. 440.)

„Was die Verwendung der Mittel anbetrifft," heißt es weiter S. 458, „so weichen unsere Anschauungen von denen der meisten Socialschriftsteller ab. Diese Abweichung ergiebt sich wenigstens indirect, wenn auch nicht direct. Die meisten Autoren, zumal die socialistischen, wie auch Samter, suchen nach Wegen, um den Arbeitern die Arbeit unmittelbar zu erleichtern und den directen Arbeitsertrag zu erhöhen. Wir halten diesen Weg für den verkehrten, derselbe stumpft die eigentliche Schärfe des Wirthschaftslebens ab, an der unser Dasein hängt. Wir halten die unmittelbare Arbeitserleichterung und die indirecte Erhöhung des Arbeitsertrags für vortheilhafter, und erklären uns deshalb für eine Verwendung der durch den Uebergang des Grundeigenthums an die Gesammtheit dieser zufließenden Geldmittel zu Bildungs- resp. Unterrichtszwecken. Es muß fernerhin und immer der Mensch auf sich selbst gestellt sein. Aber Jedem, auch dem Aermsten, muß die Möglichkeit geboten werden, sich die Arbeitskraft zu verschaffen, die seinen Naturanlagen entspricht. Es muß als socialer Grundsatz festgehalten werden, daß ein jedes Mitglied der menschlichen Gesellschaft Gelegenheit haben muß, die in ihm liegenden social nützlichen Keime zu entwickeln und zur vollen Entfaltung ihrer Productionskraft zu bringen. Das eigene Interesse der Gesellschaft schon fordert dies, um so mehr also muß man sich vom Standpuncte der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit dafür aussprechen."

Wir führen diese Hauptstellen des Buches hier mehr an, um den Standpunct des Verfassers zu charakterisiren, als um eine eingehende Kritik des theoretischen und praktischen Inhalts derselben daran zu knüpfen. Gewiß werden die Socialdemokraten, wenn irgendwo Besseres aufgestellt wird, als es ihr Programm bietet, dasselbe acceptiren, und ein Mitarbeiter dieses Blattes scheint uns vollständig den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben, wenn er (Heft 14, S. 406) sagt, man könne dem Socialismus keinen Vorwurf daraus machen, daß er zuerst nur das Grundprincip auf seine Fahne geschrieben habe, die Wissenschaft werde die nothwendigen und nützlichen Ausnahmen, z. B. auch in Bezug auf die Abschaffung des Privat-Eigenthums, schon ausfindig machen, und die spätere Gesetzgebung werde aus den Lehren der Wissenschaft Nutzen zu ziehen wissen. Die Lindwurm'schen Vorschläge scheinen uns jedoch gar keine Aussicht zu haben, von den extremen Parteien, wie ihr Autor hofft, als Programmsätze angenommen zu werden. Man bedenke nur, daß für die Arbeiter durch die von ihm befürworteten Reformen eigentlich nichts mehr gewonnen wäre, als (— ein allerdings nicht zu unterschätzendes Gut —) bessere Erziehung, während die ökonomische Ungleichheit zum größten Theil bestehen bliebe. Die ganze Reform liefe ungefähr auf Das hinaus, was im Heft 10 dieser Blätter in dem Artikel „Zur Steuerreform der Großstädte" vorgeschlagen war, hier aber nur als ein Mittel zur Herbeiführung wahrhaft socialistischer Einrichtungen und nicht als Endziel. Die Lindwurm'schen Vorschläge gehen einfach dahin, die bisherigen Grund- und Bodenbesitzer durch den Staat resp. die Communen abzulösen, denselben eine gleichbleibende jährliche Staatsrente auszuzahlen, den Grund und Boden dann wieder an dieselben (oder wer sonst sich bewirbt und das nöthige Kapital hat) zu verpachten, und zwar natürlich gegen eine nach und nach steigende Pacht. Der Unterschied zwischen der Renten- und der Pachtsumme wird zu Erziehungszwecken verwandt. — Die heute bestehenden ökonomischen Unterschiede würden auf diese

Weise kaum alterirt: dagegen würde das unglücklichste alles Proletariats, das gebildete, nur noch vermehrt werden. — Abgesehen von dieser Wirkungslosigkeit der Lindwurm'schen Reformen in Bezug auf die Vertheilung der Güter, würden sie auch die Vermehrung derselben nicht oder sehr wenig fördern. Lindwurm urtheilt vollkommen falsch, wenn er sagt (S. 396): „Die Socialisten denken, empört darüber, daß nicht allen Menschen in gleichem Maße die Güter dieser Erde zugemessen sind, nicht über die beste Art und Weise der Production, sondern nur über die beste Art und Weise der Vertheilung des Producirten nach, und sie klagen die Nationalökonomie der Vernachlässigung der letzteren in jenen Theorien an." Gewiß steht uns die Vertheilung in erster Linie. Aber es ist ja so oft von uns hervorgehoben worden, daß die vom Socialismus erstrebte Organisation der industriellen und agrarischen Arbeit auch eine ganz außerordentliche Vermehrung der Producte im Gefolge haben werde.

Wir können hier nicht auf alle Puncte des Buches eingehen, welche zur Widerlegung herausfordern. Verfehlt scheint uns u. A. auch die ganze „philosophische Begründung der Menschheits-Idee im Staate", welche in den eigentlich begründenden Sätzen auf ein bloßes Sophisma herauskommt. Zu bedauern ist endlich der für ein so ernstes Thema oft ziemlich frivole Ton des Verfassers (s. z. B. S. 324 oben), und seine von Selbstüberhebung erfüllte Sprache gegen verdiente Führer der Arbeiterbewegung. Es ist das eine aus der agitatorischen Thätigkeit entspringende Angewohnheit, welche in einem wissenschaftlichen Buche hätte abgelegt werden müssen. —g.

Zur Lösung der socialen Frage durch die Frau. Von einer deutschen Frau. (Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1878.)

Wollte ein Maler Menschenkopf und Pferdehals verbinden, dieses Wesen mit dem verschiedenartigsten Gefieder ausstatten, dabei die Gliedmaßen sich allerwärts zusammensuchen, so daß ein oben schönes Weib in einen grausig häßlichen Fischschwanz ausliefe: würdet Ihr, Freunde, zur Besichtigung gerufen, das Lachen verbeißen können? — An diese Worte, mit denen bekanntlich des seligen Horaz Büchlein über die Dichtkunst beginnt, wurde ich unwillkürlich erinnert, als die 112 großen Seiten, mit denen die Verfasserin zur „Klärung" wie zur Lösung der socialen Frage beitragen zu können hofft, an mir vorüberzogen. War dies nicht die prächtige Mähne eines agrarisch-feudalen Rassepferdes? Jenes nicht das lahme Bein unseres „Fortschritts"-Maulesels? Das bunte Gefieder, mit dem das fabelhafte Thier hier und da ausgeputzt erschien, ist es nicht dem Socialismus entlehnt? Und endlich der grausig häßliche Fischschwanz des Muckerthums — entdeckt Ihr ihn nicht in den pfäffischen Phrasen, die sich in dieser echten „Blaustrumpfiade" in allzu reichlicher Dosis vertreten finden? — Aber unsere „deutsche Frau" muß doch wenigstens ein „oben schönes" Weib sein, wird man mir einwerfen, da ja sonst die Erinnerung an den römischen Dichter im wichtigsten Theile — beim Kopfe — nicht zuträfe? — Nun, ich leugne durchaus nicht, daß in dem großen Durcheinander dieses Schriftleins sich auch hier und da vernünftige Ideen finden, wie z. B. die Bemerkung, daß der eigentliche Zweck aller socialen Einrichtungen das Glück des Einzelnen sein müsse; daß denkende und gebildete Arbeiter mehr leisten müßten, als die jetzige vernachlässigte Generation; endlich verschiedene Reformpostulate bezüglich des ehelichen Güterrechts, des Normalarbeitstages und des Verbots der Kinderarbeit. Wird man aber wegen des Vorhandenseins vereinzelter rationeller Bestandtheile dem Ganzen einen wissenschaftlichen Werth beimessen können? Ich verneine das ganz entschieden, da ich jenen Jesuitismus perhorrescire, der unter der Firma „Galanterie" zwar zum guten Ton gehört, thatsächlich aber nur bewirkt, das Unterdrückungsverhältniß der Frauen gegenüber der Männerwelt zu überzuckern. Es giebt nur einen Maßstab für wissenschaftliche oder wissenschaftlich sein sollende Leistungen, und nirgends ist die Gnade verwerflicher, als da, wo bereits das Bewußtsein erwacht ist, daß es gilt, Rechte zu reclamiren. Wenn ich also eine meines Erachtens unberufene Wortführerin entschieden zurückweise, so hoffe ich damit

die große Sache der Gleichberechtigung der Frauen, insbesondere deren wichtigsten Anspruch, auch an den höchsten menschlichen Aufgaben mitzuarbeiten, nicht nur nicht zu beeinträchtigen, sondern vielmehr gerade am wirksamsten zu vertreten.

Unsere „deutsche Frau" wohnt offenbar im fernen Osten des preußischen Staates und dabei nicht allzu nahe der Eisenbahn. Sonst wäre sie wohl öfter nach dem gottlosen Berlin gekommen und hätte dann eingesehen, daß sich mit Beschränkungen der Vergnügungslocale, einer „verständigen Censur auf Schrift, Bild und Schauspiel", strengeren Sabbathgesetzen und ähnlichen Velleitäten die Sittlichkeit nicht befördern läßt. Doch sind es derartige seltsame Anschauungen ebenso wenig, wie die Widersprüche, die logischen und selbst sprachlichen Schnitzer der Verfasserin, deren wegen ich mein verwerfendes Urtheil abgeben muß. Entscheidend mußten aber sein: einmal der verschwommene, Eingangs charakterisirte „christlich-sociale" Standpunct, dessen Proteus-Natur die logische Behandlung eines umfassenden Thema's kaum möglich erscheinen läßt, sodann die völlige Unklarheit darüber, welche Aufgabe sich die Verfasserin damit gestellt, wenn sie bezweckt, „die Gesellschaft vom Untergange zu erretten". Vor Allem übersieht sie nämlich, daß die Frauenfrage, von der sie beinahe ausschließlich handelt, keineswegs identisch ist mit der socialen Frage überhaupt, sondern gleich der Arbeiterfrage, der Grund- und Bodenfrage u. s. w. nur ein Kapitel jenes Riesenproblems bildet, dessen Lösung für absehbare Zeiten eine der wichtigsten Perioden in der Culturgeschichte inauguriren wird. Die Verfasserin kann sich wegen ihrer ganz einseitigen Auffassung auch damit nicht entschuldigen, daß eine Geschlechtsgenossin fast unter dem nämlichen Titel, wie der von ihr gewählte, vor einigen Jahren ein Buch veröffentlicht hat*), das auch im Wesentlichen nur die Frauenfrage behandelte. Denn dort ist die sociale Frage ganz allgemein als das Bestreben aufgefaßt, „die alten, jetzt unbrauchbar und schädlich gewordenen Gewohnheiten abzuschaffen, dagegen aber solche, die den neuen Verhältnissen angemessen sind, einzuführen."

*) Julia Engell-Günther, Die Lösung der socialen Frage durch die Frau. Berlin, 1872.

Sehen wir nun aber Dasjenige näher an, was die Verfasserin an Vorschlägen für ihr eigentliches Thema vorbringt, so ist auch da das Ergebniß nicht annähernd ein solches, wie man es nach der siegesgewissen summarischen Abrechnung mit „Demjenigen, was für und wider zur Lösung der Frauenfrage in Deutschland geschrieben worden", billigerweise erwarten sollte. Daß Reformen im Erziehungs- und Unterrichtswesen und die Eröffnung neuer Erwerbszweige zu den nächstliegendsten Maßnahmen gehören müssen, steht nun nachgerade für jeden Denkfähigen außerhalb der Discussion. Es dreht sich in dieser Beziehung der Streit nur noch um das Wann? und ganz besonders das Wie? Wenn daher die Verfasserin z. B. vom Staate verlangt, daß er „die Einführung von Maßregeln begünstige, welche die Frau vor zu ungerechtfertigter Herabsetzung des Arbeitslohnes schützen", so ist das nicht nur ungeschickt formulirt, sondern es fehlt gerade das allein Interessante, worin diese Maßregeln denn eigentlich bestehen sollen. Es wäre vielleicht gut, wenn unsere „deutsche Frau" zu den Berliner Apostеln unserer Tage, den Herren Wangemann und Stöcker, wallfahrten wollte, da diese wohl auch hierfür jedenfalls eine Lösung aus der Bibel in Vorrath haben werden?

Den „von Gott bestimmten" und zugleich „naturgemäßen Beruf" der Frau findet die Verfasserin in der „christlichen Ehe", die sie, dem patriarchalisch-kleinbürgerlichen Vorbilde gemäß, nur mit der kochenden, backenden, waschenden und flickenden Hausfrau sich denken kann, dabei aber mit der Zugabe eines Gensd'armen, welcher den leichtsinnigen Mann aus dem zuchtlosen Wirthshause herauszubefördern, auch ihn sonst thunlichst vor der Einwirkung der „unsinnigen" socialistischen Ideen zu bewahren hat. Außer der Pflege des Christenthums, Beschränkung des Wahlrechts und ähnlichen Mittelchen soll besonders eine Junggesellensteuer vom 35. Lebensjahre an dazu helfen, die ledigen Mädchen sicher unter die Haube zu bringen. Sie meint nämlich, daß nur $^1/_5$ der vorhandenen Männer in Deutschland verheirathet seien, während $^4/_5$ aus tadelnswerthen Motiven von Familie und Ehe sich fernhielten. Diese Behauptung ist ein drastisches Beispiel ihrer geradezu erstaunlichen Unkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse. Die Volkszählung hat für 1871

nämlich ergeben, daß von 11,240,499 ehemündigen Männern im Reiche damals 6,865,561 oder 61,1 pCt. verheirathet und weitere 711,042 oder 6,3 pCt. verwittwet waren. Danach sind in den Jahren 1872—1876 trotz des wachsenden Nothstandes nicht weniger als 1,993,889 Eheschließungen erfolgt, so daß also die Zahl der ledigen Männer noch nicht einmal ein Drittel der männlichen Bevölkerung ausmacht, von der wiederum die Mehrzahl auf die von der Junggesellensteuer zu verschonenden Altersklassen vom 20. bis 35. Lebensjahre entfällt! — Ich glaube meine Besprechung am besten mit den eigenen Worten der Verfasserin schließen zu können: „Ein Beleuchten der Dinge nur vom einseitigen Standpuncte kann uns unserem Ziele nicht näher bringen. Auch mit oberflächlichen Argumenten, mit landläufigen Redensarten sollte man nicht über so ernste Dinge verhandeln."

L. Viereck.

Le péril social dévoilé. Par l'auteur de „Grandeur ou décadence de la Nation française". (Bruxelles, J. Rozez und Kiessling et Cie., 1877. 488 S.)

Herr J. J. C., der Verfasser dieses (in Frankreich verbotenen) Buches ist Socialist, insofern er ein Ideal wirthschaftlicher Gerechtigkeit anstrebt, welches eine Art Mittelstellung zwischen dem Collectivismus und dem Mutualismus einnimmt; vor allen Dingen aber ist er Kritiker und Moralist.

Er unterzieht die widerlichsten Erscheinungen der bürgerlichen Civilisation einer genauen Prüfung und verurtheilt Personen und Dinge mit einer Rücksichtslosigkeit und Unversöhnlichkeit, welche nichts mildert und schont. Er mißt Alles mit demselben Maß, ohne irgend den bestimmenden Ursachen und besonderen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Auf ihn paßt genau das französische Wort: justice inflexible, grande injustice, unbeugsame Gerechtigkeit, große Ungerechtigkeit.

Herr J. J. C. glaubt, daß es nur einen Weg zur Verwirklichung der socialen Umbildungen gebe, der mit der Moral harmonire, die friedliche Propaganda der neuen Theorien, und, wie es dies Princip verlangt, verurtheilt er jede Anwendung von Gewalt, jeden revolutionären Act, woher er rühre. Der Hunger-Aufstand vom Juni 1848 und die communale Revolution von 1871 sind für ihn ebenso abscheuliche Verbrechen, wie der Staatsstreich vom 2. December. Die Märtyrer des Socialismus, so heroisch sie sich im Kampf oder im Angesicht des Todes benommen haben mögen, wie würdig sie sich bei den Martern in den Bagno's von Caledonien gezeigt haben, sind für ihn nur Räuber oder Bösewichter der schlimmsten Art. Es muß aber erwähnt werden, daß er ihre Besieger nicht besser behandelt und sie gerne auch in die Bagno's schicken würde.

Folgendes sind seine Schlußfolgerungen über diesen Punct:

„Es können nur Schurken, Intriguanten oder Dummköpfe sein, welche das Heil von der Gewalt erwarten; wenn sie es thun, so ist es unser, d. h. der Socialisten, welche die sociale Organisation auf die Wissenschaft gründen wollen, Wunsch, daß sie inmitten ihrer schuldbeladenen Pläne die gerechte Züchtigung für ihren Versuch finden möchten, ist es unser Wunsch, daß diese nämliche Organisation der Besitzenden, die wir ohne Unterlaß bekämpfen, immer stark genug sei, die Angriffe dieser Gewaltthätigen zu ersticken: denn unter den Hieben der Wissenschaft soll sie stürzen, nicht aber denen des Hasses, des Neides oder der Begierde."

Herr J. J. C. sagt mit Recht, eine sociale Neubildung sei nicht möglich ohne moralische Regeneration; aber auch da läßt ihn seine Unerbittlichkeit das Maß überschreiten. Gewiß kann man es nur billigen, wenn er mit kräftiger Hand der heuchlerischen Corruption der Bourgeoisie die Maske abreißt und wenn er so nachdrücklich die verderblichen Folgen dieser Corruption darlegt, welche Alles um sich her demoralisirt; aber treibt man den Rigorismus nicht zu weit, wenn man folgendermaßen schreibt:

„Die socialistische Moral ist weit davon entfernt, der Begierde des Fleisches den Zügel zu lockern, wie es die christliche Lehre, trotz der geheuchelten Prüderie, thut; sie schließt die Ehe in unübersteigliche Grenzen. In Anbetracht der

Zwecke der Natur darf nur die Function der Erzeugung befriedigt werden*), jede geschlechtliche Beziehung, die nach der Absicht der Individuen die Zeugung nicht ausdrücklich zum Zweck hat, ist verbrecherisch."

Kann man nicht dem Herrn J. J. C., der im Laufe seines Buches in so beredter Weise das Christenthum verurtheilt, vorwerfen, daß er das unmenschliche Anathema, welches das Christenthum gegen das „Fleisch", besser gesagt, gegen die Natur ausgesprochen hat, wieder hervorholt? Unser Autor ist übrigens viel christlicher, als er denkt. Anstatt z. B. zur Grundlage seiner Morallehre die bewundernswerthen Vorschriften von Kant zu nehmen, die von Renouvier und der französischen kriticistischen Schule so gut entwickelt worden sind:

> „Handle so, daß Deine Handlungen zur Richtschnur der allgemeinen Moral dienen können; achte die Zwecke Anderer und opfere nie Jemanden Deinen eigenen Zwecken",

hat er sich an die alte iranische und biblische Vorschrift gehalten:

> „Thue Anderen nichts, was Du nicht willst, daß man Dir thue; thue Anderen, was Du willst, daß Dir die Anderen thun."

Herr J. J. C. glaubt, daß die Anwendung dieser Vorschrift die ökonomische Gerechtigkeit mit sich bringt; doch ist das eine gezwungene Auslegung.

Wie wir es an anderer Stelle auseinandergesetzt haben, ein Millionär, der einem Bettler begegnet, sagt sich: „Wenn ich an seiner Stelle wäre und er an der meinigen, so würde ich wollen, er gäbe mir ein reichliches Almosen. Also werde ich das thun." Der Arme seinerseits spricht zu sich selbst: „Wenn ich reich wäre, so würde ich wollen, daß man meinen Luxus und meine Privilegien respectire. So werde ich handeln." Diese beiden Leute beobachten, wenn sie so handeln, vollkommen die Vorschriften: Thue Anderen nicht ꝛc., thue Anderen ꝛc., und wenn Jedermann wie sie handelte, so würden wir das christliche Ideal: Wohlthun und Resignation verwirklichen, die ökonomische Gerechtigkeit aber nicht.

*) Vom Verfasser des „Péril social dévoilé" unterstrichen.

In einem der interessantesten Kapitel seines Buches, betitelt: „Die neue Lehre", entwirft Herr J. J. C. in großen Zügen die Skizze einer idealen ökonomischen Gesellschaft. Er verurtheilt das individuelle Eigenthum als Beschützer des Betrugs, der Corruption, des Elends und der Unwissenheit, aber er geht doch nicht bis zum eigentlichen Collectivismus. Mit Proudhon will er die Abschaffung der Geldverzinsung und jeglicher Ausbeutung. Ich citire im Folgenden sein Resumé:

„Keiner kann sich, ohne ein Verbrechen zu begehen, einen Theil, sei er auch noch so klein, von der Arbeit eines Anderen aneignen. Derjenige, welcher 100 Franken ausgeliehen hat und dafür 105 zurückfordert, begeht einen Diebstahl; die 5 Franken sind das Product der Arbeit eines Anderen, und er hat nur ein Recht auf die Rückerstattung der 100 Franken. Dieselben Principien kann man auf die Vermiethung von Immobilien, Häusern, Landgütern ꝛc. anwenden und wird zu analogen Folgerungen kommen. Auch da kann der Eigenthümer nur die verliehene Summe zurückfordern, sei es in Wiedererstattung der Summe auf einmal oder in Theilen. Jede darüber hinaus verlangte Summe wird nicht für den Werth des Kapitals eingezogen, denn das wurde zurückerstattet, sondern es stellt die Arbeit des Miethers vor, und das macht einen Diebstahl aus. Verallgemeinert man dieses Princip, so würden die Rohstoffe und Arbeitsmittel Collectiv-Eigenthum der Arbeiter-Associationen werden. Die gerechteste Art der Vertheilung unter die Arbeiter ist die Gleichheit der Löhne."

Wir hätten noch viel zu sagen über die Wirksamkeit dieses Proudhon'schen Mittels socialer Revolution; doch dürfen wir den Raum einer bibliographischen Besprechung nicht überschreiten.

Wir haben freimüthig über das in vielen Beziehungen bemerkenswerthe Werk des Herrn J. J. C. gesprochen. Dieser Autor ist ein Schriftsteller von Bedeutung; er hat selbst an die Kritik appellirt, und wir waren ihm etwas Anderes schuldig als eine gewöhnliche Anzeige. Möge Herr J. J. C. aus dem Kreise seiner einsamen Speculationen heraustreten, möge er bei seinen Betrachtungen sich ein bischen weniger von Grübeleien, ein wenig mehr durch Besprechungen mit Gleichgesinnten bestimmen lassen, möge er sich

mehr an die schlechten Einrichtungen und weniger an die Menschen halten, und der Socialismus wird einen befähigten Schriftsteller mehr zählen.

B. M.

Eine Liebes-Episode aus dem Leben Ferdinand Lassalle's. Tagebuch — Briefwechsel — Bekenntnisse. (Leipzig, Brockhaus, 1878. 95 S.)

Es sind anfangs Zweifel laut geworden, ob diese Briefe Lassalle's an eine russische Dame aus dem Landadel, die er im Jahre 1860 in Aachen kennen gelernt hatte, nicht etwa gefälscht seien. Indessen muß nach von competenter Seite abgegebenen Erklärungen angenommen werden, daß die Zweifel, welche sich auf gewisse Differenzen zwischen der deutschen und der gleichzeitig erfolgten französischen Ausgabe*) und andere Anzeichen stützten, nicht begründet sind, und daß jedenfalls der Hauptinhalt und interessanteste Theil des Buchs, nämlich ein 36 Seiten langes Selbstbekenntniß Lassalle's, echt ist. Eine Anzahl Stimmen, meist aus dem liberalen Lager, haben auf Grund dieser Veröffentlichungen von Neuem an dem Charakter Lassalle's mäkeln zu dürfen geglaubt. Uns scheint es jedoch gerade, als ob diese Privatbriefe eine Menge edler Züge enthielten, unter denen zumal eine merkwürdige treuherzige Offenheit hervortritt. Daß nicht jedes Wort einer privaten Correspondenz auf die Wagschale strenger Kritik gelegt werden darf, daß in einem nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Briefe eine nicht völlig überlegte Aeußerung mit unterlaufen kann, versteht sich übrigens von selbst. Derartiges findet sich auch hier: Lassalle's Unfehlbarkeit sowohl in moralischer wie intellectueller Beziehung zu vertheidigen, fällt uns nicht ein. Die Liebe und Achtung für Lassalle aber kann diese Veröffentlichung, wie uns dünkt, nicht mindern. —b—

*) Un page d'amour de Ferdinand Lassalle, Récit — Correspondance — Confessions. Leipzig, Brockhaus.

Reinhold Menz. Der Transport-Luxus. Wirthschaftliche Studien über Deutschlands Eisenbahnwesen. (Berlin, C. Heymann, 1878. 99 S.)

Die Erkenntniß wächst von Tag zu Tag, daß das heutige zersplitterte und nur den Einzelerwerb bezweckende System der Privatwirthschaften ein wirthschaftliches Unding sei, eine ungeheuere Arbeitsverschwendung mit sich bringe und durch das staatswirthschaftliche System ersetzt werden müsse. Die vorliegende Schrift eines höheren Staatseisenbahnbeamten sucht dies in interessanter Weise an dem Eisenbahnwesen zu zeigen. „Eine Hauptursache, weshalb es bisher so unwirthschaftlich zugegangen ist, liegt, wie sich nicht leugnen läßt, in der bisher obwaltenden Verschiedenheit der Eigenthümer der Bahnen, liegt in dem gemischten Privatbahnsystem. Die Eisenbahnen, und zwar in Nachfolge der Privatbahnen und, durch diese gezwungen, auch die Staatsbahnen, sind bisher wenig nach volkswirthschaftlichen Grundsätzen verwaltet, sondern vielmehr war der Erwerb im Wesentlichen das herrschende Princip. Es wurde, wie man zu sagen pflegt, Alles mitgenommen, auch der kleine Verdienst, unbekümmert darum, ob die Hälfte der geleisteten Arbeit, und mehr, völlig unausgenutzt blieb. Was hilft es der Nationalwirthschaft, wenn eine concurrirende südliche Linie einen Expreßzug einlegt, der dem gleichen Zuge der nördlichen Linie die Hälfte seines Verkehrs nimmt, und nun die Ausgaben die doppelten sind, während der eine der beiden Züge schon genügte, um die doppelte Zahl von Reisenden zu befördern, die jetzt beide Züge zusammengenommen zu fahren haben." . . . . . „Eine Disposition der Güter- und Personenbewegung in Deutschland, ein System, ein Plan zu vollkommenster Ausnutzung der Fahrten, das ist es, was uns fehlt." Diese Dispositionen seien aber nur möglich bei Vereinigung der Eisenbahnen in einer Hand: „erst dann wird die geleistete Arbeit auf das Maß sinken, welches der zu erzielende Effect wirklich erfordert." . . . . . „Vor Allem wird die einheitliche Disposition über die Leitung der Transporte in der That

ganz ungeahnte Beschränkungen der Ausgaben für die Transportverwaltung eintreten lassen und diese betragen rund durchschnittlich 63 pCt. aller Ausgaben; dann aber fällt noch in's Gewicht die unendlich verbesserte Wagenausnutzung, welche möglich wird, wenn alle Wagen einem Eigenthümer gehören, welche von einer Centralstelle aus durch Subcentren den Lauf der Wagen einheitlich dirigiren kann, und wenn erst diese unglaublichen Rangirungen der leeren Wagen für die Rücktour wegfallen, und sind ferner zu nennen die enormen Abrechnungskosten und die Arbeitsersparniß bei Aufstellung und Bearbeitung der Tarife, die Möglichkeit eines einfachen Modus der Expedition, durch dessen Einführung die Schreibarbeit und das Expeditionspersonal in hohem Grade zusammenschrumpfen werden, der Wegfall aller der Arbeiten, welche auf den Grenzstationen der verschiedenen Verwaltungen täglich nöthig sind, die Beseitigung der gegenseitigen Liquidationen und der Buchungsgrundlagen derselben über Materialienlieferung, Arbeitsleistungen und Wagenreparaturen, der betreffenden Revisionen, Revisionserinnerungen und Beantwortungen der letzteren, die Entbehrlichkeit der Arbeiten, welche die Leistung der Entschädigungen für Mitbenutzung fremder Bahnhöfe in Gestalt besonderer Buchungen täglich nöthig machen, und endlich wird möglicherweise die allgemeine Verwaltung sehr viel billiger werden. — Ich sage: möglicherweise, denn die Norm der Verwaltung erscheint als die Klippe, an welcher trotz aller Vortheile, welche sich in wirthschaftlicher Hinsicht darbieten, die ersprießliche Durchführung des großen Unternehmens scheitern könnte."

Diese Schwierigkeit, glaubt der Verfasser, sei zu überwinden, und zwar durch ein gewisses Maß von Competenz, welches den Unterbehörden gelassen werden soll. „Beschränkung der Controlen und der Generalisirung formeller Vorschriften, präcisirte Macht in den Händen der einzelnen Behörden und Beamten und Aufsicht über ihre Leistungen im Ganzen, nicht aber über das Detail ihrer Maßregeln, würden die Grundzüge derselben bilden müssen, würden das Beamtenheer, das Schreibwerk, die Krankheit des modernen Staatsorganismus, vermindern, der Production neue Kräfte zuführen und die Wirthschaftsführung zu einer ersprießlichen gestalten."

„Die Ausführung der Staatsbahnidee wird den Transport-Luxus beseitigen und einen billigen Betrieb möglich machen, dann wird auch die Frage der Differentialtarife ihre befriedigende Lösung finden: die Rentabilität wird es nicht mehr erheischen, daß künstlich Transporte aus fremden Gebieten herangezogen werden, und diese Tarife werden stehen und fallen, einfach gemäß dem volkswirthschaftlichen Bedürfniß der Nation nach den betreffenden Artikeln."

Die Tariffrage könnte freilich, bei gutem Willen, auch wohl ohne das Staatsbahnsystem gelöst werden; eine Reihe anderer, sehr bedeutender wirthschaftlicher Vortheile und Ersparnisse aber, darin scheint uns Herr Menz vor der im Heft 11 besprochenen Broschüre Recht zu haben, läßt sich nur durch einen einheitlichen Staatsbetrieb herbeiführen.

Was von dem Eisenbahnwesen gilt, kann man in ähnlicher Weise von allen Industriezweigen behaupten, und es wäre eine verdienstliche Aufgabe, dies im Einzelnen einmal genau auszuführen, und zu berechnen, welche Summen heutzutage durch die Concurrenz der Privatbetriebe der Gesellschaft verloren gehen.

Die Socialdemokratie hat ein besonderes Interesse, darauf aufmerksam zu machen, daß das von ihr angestrebte, wirthschaftlich einheitlich geleitete Gemeinwesen nicht allein eine gerechtere Vertheilung, sondern auch eine starke Vermehrung der verfügbaren Güter im Verhältniß zur aufgewandten Arbeit mit sich bringen wird. — Ob sie deshalb im Augenblick für den Uebergang der deutschen Bahnen an das Reich stimmen soll, ist natürlich eine andere Frage, die uns hier nicht angeht.

H.

Für die Redaction verantwortlich: Fr. Mike in Berlin.